

Niederschrift

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 30.03.2022

öffentlich

Ort: Konzerthalle Ulrichskirche,

Christian-Wolff-Straße 2,

06108 Halle (Saale),

Zeit: 14:15 Uhr bis 19:23 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Ute Haupt

Elisabeth Nagel

Katja Müller Vorsitzende des Stadtrates

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Anja Krimmling-Schoeffler Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:30 Uhr

Marion Krischok Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Hendrik Lange Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 15:00 Uhr

Stefanie Mackies Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Dr. Christoph Bergner CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Bernhard Bönisch CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 17:30 Uhr

Steve Mämecke CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Mario Schaaf CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:49 Uhr

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Claudia Schmidt Andreas Scholtyssek CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Johannes Streckenbach CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Dr. Ulrike Wünscher CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wolfgang Aldag Dr. Inés Brock Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Jan Döring Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Christian Feial

Dennis Helmich Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 14:15 Uhr

Dr. Annette Kreutzfeldt Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Mario Lochmann Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beate Thomann Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 14:45 Uhr

Johannes Ernst AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym AfD-Stadtratsfraktion Halle
Torsten Radtke AfD-Stadtratsfraktion Halle

Alexander Raue AfD-Stadtratsfraktion Halle, Teilnahme ab 14:30 Uhr René Schnabel AfD-Stadtratsfraktion Halle, Teilnahme bis 17:51 Uhr

Martin Sehrndt AfD-Stadtratsfraktion Halle

Dörte Jacobi Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Teilnahme ab 14:15 Uhr

Dr.med. Detlef Wend Fraktion MitBürger & Die PARTEI Fraktion MitBürger & Die PARTEI Fraktion MitBürger & Die PARTEI Fraktion MitBürger & Die PARTEI

Dr. Martin Ernst Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler, Teilnahme bis 16:41 Uhr

Johannes Menke Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler

Dr. Sven Thomas Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler, Teilnahme ab 15:22 Uhr

Andreas Wels Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler Andreas Schachtschneider Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler

Eric Eigendorf SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 14:54 Uhr

Johannes Krause SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Sören Steinke SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Yana Mark Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Olaf Schöder Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Gernot Nette Stadtrat, Teilnahme ab 16:00 Uhr

Verwaltung

Egbert Geier Bürgermeister

Beigeordneter für Finanzen und Personal

Dr. Judith Marquardt Beigeordnete für Kultur und Sport Katharina Brederlow Beigeordnete für Bildung und Soziales

René Rebenstorf Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Oliver Paulsen Referent für Grundsatzangelegenheiten

Marco Schreyer
Tobias Teschner
Norbert Schültke
Leiter Fachbereich Recht
Leiter Fachbereich Sicherheit
Leiter Fachbereich Mobilität

Maik Stehle Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Bodo Meerheim Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Rudenz Schramm Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Andreas Heinrich AfD-Stadtratsfraktion Halle

Dr. Regina Schöps Fraktion MitBürger & Die PARTEI Hans-Dieter Sondermann Fraktion MitBürger & Die PARTEI

Beate Gellert Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler

Dr. Silke Burkert SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Torsten Schaper Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Fragesteller 1 zur Verkehrssituation Hansering

Frage:

Aus welchem Grund wird die Radwegebenutzungspflicht im Bereich Hansering / Obere Leipziger Straße durch eine temporäre Beschilderung wiedereingeführt? Vom Leipziger Turm kommend sind alle paar Meter verschiedene Verkehrsschilder aufgestellt mit unterschiedlichen Geboten und Verboten.

Herr Teschner sagte eine Prüfung zu.

zu Fragesteller 2 zur Ausländerbehörde

Frage:

Wann wird die Ausländerbehörde wieder vollumfänglich arbeitsfähig sein? Werden die Versäumnisse behoben?

Herr Paulsen antwortete, dass die Arbeitssituation in der Ausländerbehörde nicht zufriedenstellend ist und daher an einer Verbesserung gearbeitet wird. Es bedarf personeller und struktureller Veränderungen. Aktuell sind drei weitere Stellen in der Ausschreibung.

Herr Bürgermeister Geier ergänzte, dass der Personalbestand deutlich angehoben wurde. Das bisherige Aufgabenvolumen erhöht sich selbstverständlich durch den Krieg in der Ukraine.

zu Fragesteller 3 zur Ausländerbehörde

Die Fragen sind durch die vorherigen Fragen bereits beantwortet.

zu Fragesteller 4 zur Ausländerbehörde

Frage:

Wie gedenkt die Stadtverwaltung, die dringend notwenige medizinische Versorgung von ausländischen Menschen sicherzustellen? Wie wird sichergestellt, dass Ausländerbehörde und Sozialamt schnellstmöglich ihren Pflichten nachkommen?

Herr Paulsen antwortete, dass jeder, der einen Termin in der Behörde vereinbart, eine Fiktionsbescheinigung erhält. Damit müssten alle Leistungen zugänglich sein. Er bat um konkrete Benennung eines Falles zur weiteren Prüfung.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 41 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest.

Frau Müller informierte über die Einführung des elektronischen Abstimmungssystems.

Es folgte eine Schweigeminute an den verstorbenen, ehemaligen Stadtrat Herrn Frank Eigenfeld.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Müller schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

Öffentlicher Teil

TOP 3

Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.02.2022

- → Vorschlag: vertagen
- → wird im April vorgelegt

TOP 7.5

Änderung der Großräumigen Gliederung der Stadt Halle bezüglich des Stadtteilnamens Halle

Vorlage: VII/2021/03169

→ Vorschlag: vertagen bis Juli 2022

TOP 8.1

Antrag der CDU-Fraktion zum Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2022/03649

- → Vorschlag: vertagen
- → Im Fachausschuss vertagt

TOP 8.6

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu einem gemeinsamen Weihnachtsmarkt 2022 mit der Stadt Leipzig

Vorlage: VII/2021/03546

- → Vorschlag: vertagen
- → Im Fachausschuss vertagt

TOP 8.7

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Vorstellung der Eckwerte des Haushalts 2023 und zur zukünftigen Behandlung der Haushaltsmittel Vorlage: VII/2022/03554

- → Vorschlag: vertagen
- → Im Fachausschuss vertagt

TOP 10.1 + 10.2 Mitteilungen

- → Vorschlag: absetzen
- → Unterlagen stehen digital zur Verfügung

TOP 13.1 und 13.5 Anträge auf Akteneinsicht

- → Vorschlag: absetzen
- → Anträge werden bearbeitet

nicht öffentlicher Teil

TOP 14

Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.02.2022

→ Vorschlag: vertagen

→ wird im April vorgelegt

TOP 20.2 Mitteilung

→ Vorschlag: absetzen

→ Unterlagen stehen digital zur Verfügung

Frau Müller machte auf folgende nicht öffentliche Dringlichkeiten aufmerksam. Eine Einbringung oder Wortmeldung erfolgte nicht.

Vergabebeschluss: FB 67-B-2021-007 - Stadt Halle (Saale) - Freiflächengestaltung

Universitätsring - Garten- und Landschaftsbauarbeiten

Vorlage: VII/2021/02948

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 17.6 nö

Rechtsstreit mit dem Landesverwaltungsamt wegen Teilwiderrufsbescheid vom 02.03.2022-Verbesserung der Energieeffizienz auf der Kläranlage (KA) Halle-Nord durch Erneuerung der Blockheizkraftwerk-Anlage (BHKW)

Vorlage: VII/2022/03861

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 17.7 nö

Abschluss eines Betreibervertrages zur Unterbringung von ukrainischen Flüchtlingen

Vorlage: VII/2022/03873

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 17.8 nö

Rahmenvereinbarung der Stadt Halle (Saale) mit den städtischen Gesellschaften

HWG und GWG

Vorlage: VII/2022/03832

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 17.9 nö

Nutzungsvertrag zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern (ehemals

Maritim-Hotel)

Vorlage: VII/2022/03877

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 17.10 nö

Frau Müller machte auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

Öffentlicher Teil

TOP 7.4

Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat Vorlage: VII/2021/03458

- → Hier liegen zwei weitere Änderungsanträge vor
- → AfD-Fraktion, Behandlung unter TOP 7.4.4
- → Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Behandlung unter TOP 7.4.5

TOP 7.4.3

Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat (VII/2021/03458) Vorlage: VII/2022/03769

→ Hier liegt ein Änderungsantrag von der AfD-Fraktion vor, Behandlung unter TOP 7.4.3.1

TOP 7.4.5

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage VII/2021/03458 ,hier: "Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat"

Vorlage: VII/2022/03876

→ Beschlussvorschlag geändert

TOP 7.6.1

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Gebührensatzung des Planetariums; BV VII/2021/02932

Vorlage: VII/2022/03663

→ Beschlussvorschlag geändert

TOP 8.3

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wickelplätzen in städtischen Einrichtungen

Vorlage: VII/2022/03674

→ Begründung ergänzt

TOP 8.4

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorberatung von Varianten- und Baubeschlüssen sowie Bebauungsplänen im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Vorlage: VII/2021/03479

→ Beschlussvorschlag geändert

Frau Mark vertagte im Namen ihrer Fraktion den Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 8.9.

Herr Scholtyssek vertagte im Namen seiner Fraktion den Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 9.2.

Herr Senius zog im Namen seiner Fraktion den Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 8.8 zurück.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- Feststellung der Tagesordnung
- 2.1. Dringlichkeiten
- 3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.02.2022 vertagt
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.02.2022 Vorlage: VII/2022/03872
- 5. Bericht des Oberbürgermeisters
- 6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
- 7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2020 Vorlage: VII/2021/03353
- 7.2. Beschluss zur Priorisierung der weiteren Projekte in der Stadt Halle (Saale) im

Rahmen des Strukturwandelprozess

Vorlage: VII/2022/03733

7.3. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

Vorlage: VII/2022/03682

7.4. Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat

Vorlage: VII/2021/03458

- 7.4.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat (VII/2021/03458) Vorlage: VII/2022/03755
- 7.4.2. Änderungsantrag der Stadträtinnen Sondermann und Jacobi (Die PARTEI) zur Beschlussvorlage "Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat" (VII/2021/03458)
 Vorlage: VII/2022/03702
- 7.4.3. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat (VII/2021/03458) Vorlage: VII/2022/03769
- 7.4.3.1. Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat (VII/2021/03458)
 Vorlage: VII/2022/03871
- 7.4.4. Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage VII/2021/03458 "Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat"

 Vorlage: VII/2022/03870
- 7.4.5. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage VII/2021/03458 ,hier: "Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat"

 Vorlage: VII/2022/03876
- 7.5. Änderung der Großräumigen Gliederung der Stadt Halle bezüglich des Stadtteilnamens Halle Vorlage: VII/2021/03169 vertagt
- 7.6. Gebührensatzung des Planetariums Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02932
- 7.6.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Gebührensatzung des Planetariums; BV VII/2021/02932 Vorlage: VII/2022/03663
- 7.7. Baubeschluss für die Brandschutzgrundsicherung der Grundschule "August Hermann Francke", Haus 40, Franckeplatz 1, 06110 Halle (Saale) mit der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms "Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen" Vorlage: VII/2021/02170

- 7.8. Namensgebung Grundschule Westliche Neustadt Vorlage: VII/2021/035348. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der CDU-Fraktion zum Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2022/03649 **vertagt**
- 8.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wickelplätzen in städtischen Einrichtungen Vorlage: VII/2022/03674
- 8.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Konzepts zur Abfallvermeidung, der stofflichen Wiederverwendung und des Recyclings von Abfällen Vorlage: VII/2021/03069
- 8.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorberatung von Varianten- und Baubeschlüssen sowie Bebauungsplänen im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung Vorlage: VII/2021/03479
- 8.5. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Prüfung von Treffpunkten für Jugendliche in der Öffentlichkeit im Einklang mit dem Emissions- bzw. Lärmschutz Vorlage: VII/2021/03459
- 8.6. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu einem gemeinsamen Weihnachtsmarkt 2022 mit der Stadt Leipzig Vorlage: VII/2021/03546 vertagt
- 8.7. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Vorstellung der Eckwerte des Haushalts 2023 und zur zukünftigen Behandlung der Haushaltsmittel Vorlage: VII/2022/03554 vertagt
- 8.8. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderung des internationalen Musikfestivals "WOMEN IN JAZZ"
 Vorlage: VII/2021/03099 zurückgezogen
- 8.9. Antrag der Freien Demokraten (FDP) zur Vorgehensweise bei Bescheiden des Landesverwaltungsamtes gegen Beschlüsse des Stadtrates Vorlage: VII/2021/03306 vertagt
- 8.9.1. Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Antrag der Freien Demokraten (FDP) zur Vorgehensweise bei Bescheiden des Landesverwaltungsamtes gegen Beschlüsse des Stadtrates Vorlage: VII/2021/03384
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Städtepartnerschaften mit Leben erfüllen Mit Ufa einen Beitrag für Frieden und Verständigung leisten" Vorlage: VII/2022/03778
- 9.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Aufhebung des Beschlusses zum Hygienekonzept für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse

	Vorlage: VII/2022/03816	vertagt
9.3.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung einer mögl Zwischenlösung für die Skatehalle Fliparena Vorlage: VII/2022/03786	ichen
9.4.	Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Ansichziehung der Entscheidung ü Angelegenheit "Verkauf eines kommunalen Grundstücks" BV VII/2022/0 § 46 Abs. 2 KVG LSA an den Stadtrat Vorlage: VII/2022/03705	
9.5.	Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Änderung einer Baulas Grundstück des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle (Saale) Vorlage: VII/2022/03811	st auf dem
9.6.	Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Entwicklu Strategien zur Sicherung der Energie- und Wärmeversorgung in Halle Vorlage: VII/2022/03763	ng von
9.7.	Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung v Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften Vorlage: VII/2022/03764	/on
9.8.	Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Berichters die Städtebauförderung Vorlage: VII/2022/03774	stattung über
10.	Mitteilungen	
10.1.	Mitteilung Faktencheck Bildung	abgesetzt
10.2.	Information zur Investitionsdarlehensaufnahme aus Kreditermächtigung Vorlage: VII/2022/03653	2020 abgesetzt
11.	Anfragen von Fraktionen und Stadträten	
11.1.	Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Patenscha Bänke Vorlage: VII/2022/03654	ıften über
11.2.	Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Beförderur Stadtverwaltung Vorlage: VII/2022/03643	ngen in der
11.3.	Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu hochwasse Objekten Vorlage: VII/2022/03776	ergefährdeten
11.4.	Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Liebessch Vorlage: VII/2022/03777	lössern
11.5.	Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Städtepartnerschaftsjubiläen Vorlage: VII/2022/03779	

11.6. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Nutzflächen Vorlage: VII/2022/03780

11.7. Anfrage der CDU-Fraktion zur Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse aus der Stadtratssitzung vom 22.12.2021

Vorlage: VII/2022/03787

11.8. Anfrage der CDU-Fraktion zur Umsetzung der Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2022/03788

- 11.9. Anfrage der CDU-Fraktion zur Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht Vorlage: VII/2022/03791
- 11.10. Anfrage der CDU-Fraktion zum Bau eines Radweges entlang der Bahnstrecke am Rosengarten

Vorlage: VII/2022/03792

- 11.11. Anfrage der CDU-Fraktion zur Wirkung der Haushaltssperre 2021 Vorlage: VII/2022/03794
- 11.12. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Ersatzpflanzungen von Bäumen Vorlage: VII/2022/03647
- Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Nutzungen im Gewerbegebiet Halle-Ost Vorlage: VII/2022/03790
- 11.14. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Vollendung des Rundweges um den Hufeisensee Vorlage: VII/2022/03793
- 11.15. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Kriminalitätsentwicklung (insbesondere Raubstraftaten) in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2022/03796
- 11.16. Anfrage des Stadtrates Steve M\u00e4mecke (CDU-Fraktion) zu Instrumenten der B\u00fcrgerbeteiligung, Haushaltstransparenz und Demokratief\u00fcrderung, insbesondere dem B\u00fcrgerbudget Vorlage: VII/2022/03797
- 11.17. Anfrage der Stadträtin Claudia Schmidt (CDU-Fraktion) zur Personalsituation und zum baulichen Zustand der Wolfgang-Borchert-Grundschule (zukünftig: Offried-Preußler-Grundschule)
 Vorlage: VII/2022/03798
- 11.18. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Entwicklung des Baumbestandes an Straßen, auf Grünflächen und städtischen Friedhöfen in 2021 Vorlage: VII/2022/03568
- 11.19. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bestand an Wohnungen für Familien mit mehr als zwei Kindern Vorlage: VII/2022/03813

11.20. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Wohnungsbestand der städtischen Wohnungsunternehmen Vorlage: VII/2022/03817

11.21. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Vorhaben Geh- und Radwegbau Waldstraße
Vorlage: VII/2022/03821

11.22. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Bewohnerparken Vorlage: VII/2022/03812

11.23. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Mietspiegel Vorlage: VII/2022/03814

11.24. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Abschlepp-Praxis in den Jahren 2019-2021 Vorlage: VII/2022/03815

11.25. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Abteilung Einreise und Aufenthalt Vorlage: VII/2022/03818

11.26. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses GRW- Maßnahme Salinebrücke (VII/2019/00429) Vorlage: VII/2022/03765

11.27. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Kontrollmaßnahmen in Bussen und Straßenbahnen der HAVAG Vorlage: VII/2022/03768

11.28. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Erschließung eines potentiellen Industriegebietes Vorlage: VII/2022/03767

11.29. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu den Folgen der Aktualisierung einer Konsultationsvereinbarung zwischen Bund und Land Sachsen-Anhalt für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/03775

11.30. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Personalsituation im Fachbereich Mobilität Vorlage: VII/2022/03658

11.31. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Schorre – hier: Nachfrage zur Anfrage in der Stadtratssitzung am 23.02.2022 Vorlage: VII/2022/03799

11.32. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Förderprogramm Stadt und Land Vorlage: VII/2022/03801

11.33. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Arbeitszeiterfassung bei der Berufsfeuerwehr Vorlage: VII/2022/03800

11.34. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Aktivitäten mit den halleschen

Partnerstädten in Zeiten von Corona – hier: Nachfrage zur Anfrage in der Stadtratssitzung am 26.01.2022

Vorlage: VII/2022/03803

11.35. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Umsetzungsstand zur Erstellung einer Konzeption zur Nutzung und Vermarktung von Brachflächen – hier: Nachfrage zur Anfrage in der Stadtratssitzung am 23.02.2022

Vorlage: VII/2022/03804

- 11.36. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beleuchtung in der Waldstraße Vorlage: VII/2022/03805
- 11.37. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Stand der Schuleingangsuntersuchungen in Pandemiezeiten Vorlage: VII/2022/03806
- 11.38. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bericht zum Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption Vorlage: VII/2022/03807
- 11.39. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Spielplatz Mötzlicher Straße in Halle-Trotha Vorlage: VII/2022/03808
- 11.40. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Stand des Projektes Mobilitätshelfer Vorlage: VII/2022/03809
- 11.41. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Besitzverhältnissen der Haltestellen Vorlage: VII/2022/03810
- 12. Anregungen
- 12.1. Anregung des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)) zur Vermeidung der Vermüllung in Halle-Neustadt Vorlage: VII/2022/03781
- 12.2. Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Verteilung von Notfalldosen Vorlage: VII/2022/03819
- 12.3. Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Verfahren bei der Erstellung eines neuen qualifizierten Mietspiegels Vorlage: VII/2022/03820
- 12.4. Anregung der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum FaktenCheck Bildung Vorlage: VII/2022/03770
- 12.5. Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu einer Spendenaktion zur humanitären Hilfe in der Ukraine Vorlage: VII/2022/03844
- 13. Anträge auf Akteneinsicht
- 13.1. Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Unterlagen der

Stadtverwaltung zum Projekt Fluthilfemaßnahme Nr. 273 SRWW Böllberger Weg abgesetzt

13.2. Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER in alle Unterlagen im Zusammenhang mit der Erstellung des qualifizierten Mietspiegels abgesetzt

nicht öffentlicher Teil

- Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.02.2022 vertagt
- 15. Bericht des Oberbürgermeisters
- 16. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
- 17. Beschlussvorlagen
- 17.1. Vergabebeschluss: FB 24-B-2021-199, Los 37 Stadt Halle (Saale) Sanierung Grundschule Auenschule Außenanlagen Vorlage: VII/2021/03521
- 17.2. Vergabebeschluss: FB 24-P-248-TWP Stadt Halle (Saale) Neubau einer 3-zügigen Grundschule einschl. Hort und Sporthalle in der Schimmelstraße Tragwerksplanung Vorlage: VII/2022/03710
- 17.3. Vergabebeschluss: FB 24-P-248-ELT Stadt Halle (Saale) Neubau einer 3-zügigen Grundschule einschl. Hort und Sporthalle in der Schimmelstraße Elektro Vorlage: VII/2022/03713
- 17.4. Vergabebeschluss: FB 24-P-248-HLS Stadt Halle (Saale) Neubau einer 3-zügigen Grundschule einschl. Hort und Sporthalle in der Schimmelstraße Heizung-Lüftung-Sanitär
 Vorlage: VII/2022/03714
- 17.5. Vergabebeschluss: FB 53-L-02/2022: Übernahme von Wach- und Sicherheitsaufgaben für das Impfzentrum Halle (Saale), Heinrich-Pera-Straße 13 sowie für das Unterimpfzentrum Burgstraße 37 in Halle (Saale) Vorlage: VII/2022/03595
- 17.6. Vergabebeschluss: FB 67-B-2021-007 Stadt Halle (Saale) Freiflächengestaltung Universitätsring Garten- und Landschaftsbauarbeiten Vorlage: VII/2021/02948
- 17.7. Rechtsstreit mit dem Landesverwaltungsamt wegen Teilwiderrufsbescheid vom 02.03.2022-Verbesserung der Energieeffizienz auf der Kläranlage (KA) Halle-Nord durch Erneuerung der Blockheizkraftwerk-Anlage (BHKW) Vorlage: VII/2022/03861
- 17.8. Abschluss eines Betreibervertrages zur Unterbringung von ukrainischen Flüchtlingen Vorlage: VII/2022/03873
- 17.9. Rahmenvereinbarung der Stadt Halle (Saale) mit den städtischen Gesellschaften HWG und GWG Vorlage: VII/2022/03832

zu 4.1	Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.02.2022 Vorlage: VII/2022/03872		
zu 4	Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse		
22.	Anregungen		
21.4.	schriftliche Anfragen des Stadtrates Gernot Nette zur Sondernutzungserlaubnis Vorlage: VII/2022/03578		
21.3.	nfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Aussagen des eigeordneten René Rebenstorf in der Stadtratssitzung am 23.02.2022 orlage: VII/2022/03771		
21.2.	Anfrage der AfD- Stadtratsfraktion zur Finanzierung des Erweiterungsbaues für das Islamische Kulturzentrum in Halle Neustadt Vorlage: VII/2022/03802		
21.1.	Anfrage der CDU-Fraktion zu Informationen der Verwaltung zu einem Beschluss im Finanzausschuss Vorlage: VII/2022/03789		
21.	Anfragen von Fraktionen und Stadträten		
20.2.	Wahrnehmung des Vorkaufsrechts der Stadt Halle (Saale) bei Grundstücksverkäufen Dritter (Stadtratsbeschluss VI/2019/04757 vom 29.05.2019) Vorlage: VII/2022/03863 abgesetzt		
20.1.	Behandlung unter TOP 10.2		
20.	Mitteilungen		
19.	anträge von Fraktionen und Stadträten		
18.	Wiedervorlage		
17.10.	Nutzungsvertrag zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern (ehemals Maritim-Hotel) Vorlage: VII/2022/03877		

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.02.2022 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekannt gegeben sind.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Bürgermeister Geier informierte über folgende Themen:

- Empfang für Olympiasieger im Stadtmuseum
- Dank für ehrenamtliches Engagement
- Stadt saniert Peißnitzbrücke
- Frühlingsempfang an der Saale
- Glauchaer Platz wird komplett freigegeben
- Neue Drehleiter für die Berufsfeuerwehr
- Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine
- Aktuelle Corona-Situation

Anmerkung: Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem Session hinterlegt.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.1 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2020 Vorlage: VII/2021/03353

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA den geprüften Jahresabschluss 2020 mit einer Bilanzsumme von 2.022.014.393,57 EUR. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.756.700,67 EUR wird gemäß § 23 KomHVO auf neue Rechnung vorgetragen und aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 4.653.116,92 EUR und aus der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.103.583,75 EUR entnommen.
- 2. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2020 die Entlastung.

zu 7.2 Beschluss zur Priorisierung der weiteren Projekte in der Stadt Halle (Saale)

im Rahmen des Strukturwandelprozess

Vorlage: VII/2022/03733

-Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

7.2, Beschluss zur Priorisierung der weiteren Projekte in der Stadt Halle im Rahmen des Strukturwandelprozesses. Hier habe ich als Anmerkung stehen, dass das Mitwirkungsverbot zu beachten ist, da muss ich jetzt mal drauf hinweisen. Es fühlt sich keiner im Mitwirkungsverbot, gut. Warten Sie, gleich der Reihe nach. Herr Bürgermeister, bitteschön.

Herr Bürgermeister Geier

Gut, also, die Vorlage ist selbstredend aber in dem Zusammenhang gab es noch Diskussionen zu dem Orgacidgelände und da würde ich jetzt gerne der Vollständigkeit halber noch mal das Wort an den Kollegen Rebenstorf geben, dass er das noch mal einordnet.

Frau Müller

Ja, kleinen Moment, genau, lassen Sie uns das bitte mal der Reihe nach machen. Den Hinweis auf das Mitwirkungsverbot gibt es hier im Hinblick auf Mitglieder des Vorstands oder im vergleichbaren Organen aufgrund der Priorisierung. Das ist die Frage, warum ich jetzt die Frage nach Mitwirkungsverbot gestellt habe. Herr Schreyer, bitte.

Herr Schrever

Vielen Dank. Vielleicht nochmal zur Einordnung: Im letzten Jahr waren wir in der Vorbereitung dieser Beschlussvorlage, jetzt sind wir einen Schritt weiter und diese Beschlussvorlage sieht eine Priorisierung der Vorhaben vor. Mit dieser Priorisierung erreichen Sie natürlich eine Rangfolge und damit letztendlich auch ein entsprechendes Interesse bei den Institutionen, bei denen Sie entweder in den Vorständen drin oder für Entgelt beschäftigt sind. Und deswegen bitte ich darum, dass jeder der, für den diese Situation zutreffend ist, jetzt mal in sich geht und dann noch mal überprüft, ob er einem Mitwirkungsverbot unterliegt. Dankeschön.

Frau Müller

Gut, dann haben sich zwei Herren der Sache angenommen, und drei. Vielen Dank.

Und dann können wir jetzt so weiter verfahren und dann würde ich zunächst Herrn Rebenstorf das Wort geben. Bitte Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Frau Müller, vielen herzlichen Dank, ich wollte nochmal einordnen, warum Orgacid nicht auf dieser Liste mit draufsteht. Orgacid ist damals mit den sogenannten Leuchtturmprojekten beschlossen wurden, wo unter anderem RAW, die Uniprojekte Campus Kastanienallee und StarPark II mit beschlossen wurde, ist aber aus der Sichtweise des Landes kein Leuchtturmprojekt. Wir behandeln das Projekt trotzdem als wichtig für den Strukturwandel, ich führe dazu entsprechende Gespräche sowohl auf Ministeriumsseite als auch mit der Wirtschaftsförderung und wir haben uns innerhalb der Verwaltung entschlossen für dieses Gesamtareal, was sich in Ammendorf vom Ende der Europachaussee bis runter dann nach Radewell / Osendorf zieht, all die Themen, die dort sind in der gewerblichen Entwicklung, die das Thema Gewerbeerschließungsstraße oder sonstige Themen, die dort wichtig sind, in dieser Arbeitsgruppe zu behandeln, eben auch das Orgacidgelände. Und wir werden im

weiteren Verlauf prüfen, sobald uns vertiefte Ergebnisse der Schadstoffuntersuchungen vorliegen, wie wir es am besten auf den Weg bringen, dass wir den Fördermittelantrag stellen können, gegebenenfalls schon vorher, bevor wir die Ergebnisse der Schadstoffuntersuchung haben und welche Möglichkeiten es vor allen Dingen in der Nutzung gibt.

Also, ich wollte, lange Rede kurzer Sinn, signalisieren, das Projekt ist nicht vergessen, sondern wird mit entsprechender Priorität von uns selber auch vorangetrieben, weil es einfach Bestandteil dieser Gebietsentwicklung Ammendorf / Radewell / Osendorf sein wird. Vielen Dank.

Frau Müller

Vielen Dank und Herr Raue.

Herr Raue

Ja, liebe Kollegen, für uns sind ein paar Projekte, ja, ja, ist ok ...

Frau Müller

Herr Raue ...

Herr Raue

Soll ich hier am Mikro mit Maske stehen?

Frau Müller

Ja, Herr Raue, lesen Sie doch mal das Hygienekonzept.

Herr Raue

Machen wir.

So, jetzt ist Sicherheit geschaffen. Wir wollen ja nicht, dass das WUK-Theater am Ende ohne Personal da steht, Herr Wolter, ne.

Frau Müller

Ersparen Sie sich diese Bemerkungen.

Herr Raue

Aus unserer Sicht, liebe Kollegen, ist es so, dass es auf diese Priorisierungsliste jetzt auch viele Vorhaben geschafft haben, die zwar grundsätzlich wünschenswert sind, aber aus dem falschen Etat jetzt finanziert werden.

Wir wollen gerne, dass unsere Stadt eine innovative Stadt wird, das bei uns Arbeitsplätze mit Potential geschaffen werden, die auch zukunftsfähig sind, und da gibt es eben so ein paar Punkte, wo wir sagen ja, die unterstützen wir, und es gibt ein paar Punkte, die wir jetzt aus diesem Grund aus diesem Topf nicht fördern möchten. Aus dem Grund bitte ich um Einzelpunktabstimmung und das war es dann auch schon.

Frau Müller

Okay, Einzelpunktabstimmung ist gewünscht, dann machen wir das auch so. Geht nicht? Geht das nicht? Herr Schreyer, könnten Sie mir bitte helfen?

Herr Schreyer

Die Beschlussvorlage hat zwei Punkte, aber ich wüsste nicht, was die Einzelpunktabstimmung jetzt bringen sollte, weil das zweite ist ja lediglich nur die Beauftragung, sich auf dem Weg zu begeben. Dankeschön.

Frau Müller

Herr Raue, Sie wollten über die einzelnen Projekte einzeln abstimmen? Ja, das ist jetzt die Frage, weil die Projekte sind alle unter dem Punkt 1 subsumiert und es gibt dann nur noch den Punkt 2, wie es Herr Schreyer gerade richtig gesagt hat. Wie wir den Punkt 1 jetzt in sich noch auseinanderlegen und ob das überhaupt möglich ist, scheint nicht möglich zu sein. Gut. Bestehen Sie trotzdem auf eine Einzelpunktabstimmung? Dann wird es aber eben tatsächlich nur Punkt 1 und Punkt 2 einzeln abgestimmt werden. Dann nicht. Okay. Dann ist das hinfällig.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Vielen Dank. Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Raue, hätten Sie die Vorlage gelesen, hätte sich das jetzt gerade erübrig, aber wir haben es ja klargestellt, deswegen an dieser Stelle kein Problem.

Im Übrigen muss man ja sagen, wir sind bei dem Thema nicht in der, also, oder nicht frei von Konkurrenz. Die Mittel aus dem Strukturwandel, das sind Mittel, über die wir oder mit den wir Konkurrenz haben in Form von anderen Kommunen, die natürlich auch im Revier, im Mitteldeutschen Revier, Projekte eingereicht haben und ich glaube die anderen Kommunen, die jetzt gerade auch mit uns gemeinsam in dem Wettbewerb sind über die sinnvollste Verwendung dieser Mittel, die können jetzt wissen in der AfD-Fraktion haben sie im Halleschen Stadtrat die besten Freunde.

Wir hingegen stehen zu den Interessen unserer Stadt. Wir halten die Projekte und die Priorisierung, die die Stadtverwaltung vorgenommen hat für nachvollziehbar, für plausibel und am Ende des Tages, und darum geht es ja, für sinnvoll, um den Strukturwandel hier in unserer Stadt zu gestalten und deswegen werden wir die Vorlage hier heute unterstützen. Vielen Dank.

Frau Müller

Herr Heym.

Herr Heym

Ja, lieber Herr Eigendorf, wir haben die Vorlage nicht nur gelesen, wir haben uns intensiv damit auseinandergesetzt. Insofern trifft ihre Unterstellung nicht. Wir wollten hier Brücken bauen und entsprechende Vorhaben unterstützen. Die Möglichkeit haben sie uns genommen. Wir sind sicher, dass eine Möglichkeit bestanden hätte, wenn der Wille vorhanden gewesen wäre einzeln über die Projekte abzustimmen. Wenn sie das nicht wünschen, dann wird unser Votum entsprechend sein. Dankeschön.

Frau Müller

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das sehe ich nicht, dann können wir jetzt über die Beschlussvorlage, ach, Herr Sehrndt, Entschuldigung. Könnte ich mal drum bitten das Gemurmel ein bisschen einzustellen, das fängt heute schon relativ zeitig an, ich möchte nicht wissen was das später noch wird. Vielen Dank.

Herr Sehrndt

Ja, ich will nur dazu sagen, der Herr Eigendorf hat hier von Wettbewerb mit anderen Kreisen beziehungsweise Territorien gesprochen und darum geht es ja gar nicht. Daran sieht man, dass Herr Eigendorf das überhaupt nicht erkannt hat, um was es hier geht. Hier geht es darum für wegfallende Arbeitsplätze neue hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Da muss um sich gegriffen werden und ich sag mal, da muss auch der Fühler hingestreckt werden zu unseren Nachbarterritorien und im Zweifelsfall gemeinsame Projekte entwickelt werden. Wenn ich hier so schaue, dann muss ich sagen, das ist eigentlich furchtbar, mit was wir uns

hier beschäftigen, wo Leute sich ihr Pläsierchen hier schaffen, um da irgendwo Geld auszugeben. Das funktioniert nicht. Unsere dringenden Angelegenheiten, die kennen sie alle, die in Halle wirklich dringend sind, die werden aber hier einfach an die Seite gelegt. Dann muss man auch einmal die Regierung kritisieren, die Vorgaben macht, die für die Kommunen dann letzten Endes gar nicht umsetzbar sind oder nicht sinnvoll umsetzbar sind. Und dann sollten wir lieber kein Geld ausgeben. Danke.

Frau Müller

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt tatsächlich nicht mehr und dann stimmen wir ab. Einzelpunktabstimmung war dann doch nicht mehr verlangt und dann können wir das gleich in Gänze abstimmen. Wer stimmt der Beschlussvorlage 7.2 zu? Die Gegenstimmen? Und die Stimmenthaltung? Bei zwei Enthaltungen und einigen Gegenstimmen ist die Beschlussvorlage mehrheitlich angenommen

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: meh

mehrheitlich zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA Herr Dr. Bergner Herr Bernstiel

Beschluss:

 Der Stadtrat beschließt die folgende, anhand des indikatorenbasierten Bewertungsverfahren des Landes Sachsen-Anhalt gemäß Nr. 4.2. der Richtlinie Sachsen-Anhalt Revier 2038 aufgestellte, Priorisierungsliste der weiteren Projekte in der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Strukturwandelprozesses:

Platz	Projekt	Punkte
1.	Neubau APA Inklusionszentrum	99,75
2.	Digital Innovation Hubs	81,81
3.	Innovationszentrum Wasserstoffzentrum im Hafen Halle	74,92
4.	Wiederbelebung des Wasserwerks Beesen	74,78
5.	Innovationszentrum Digitale Daseinsfürsorge	64,68
6.	Sanierung des Sportkomplexes Kreuzvorwerk	60,63
7.	Sanierung der Schwemme "Kreativität am Fluß"	57,77
8.	Elektrifizierung der Anschlussbahn Trotha	54,20
9.	Umsetzung des Projektes Hal Aqua	51,08
10.	Neubau Soziokulturelles Zentrum für Offene Jugendarbeit am	46,17
	Sportdreieck	

 Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, die Projekte bei der Stabstelle Strukturwandel entsprechend der Priorisierung anzumelden. Fördermittelanträge sollen entsprechend der Priorisierungsliste unter Berücksichtigung des verfügbaren Budgets eingereicht werden.

zu 7.3 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und

ähnlichen Zuwendungen Vorlage: VII/2022/03682

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- Sachspende des Förderkreises Burgbrückenlampen im Verein, Freunde der Bauund Kunstdenkmale Sachsen-Anhalt in Höhe von 76.112,40 EUR für die Beschaffung und Aufstellung der Burgbrückenlampen. (PSP-Element 8.51108021.700.100 Burgbrücke)
- 2. Geldspende der Stiftung "Neighbours by Dorint", Dorint Charlottenhof Halle, Dorotheenstraße 12, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 3.000,00 EUR für die Kindertagesstätte "Froschkönig" (PSP-Element 1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen)
- Sachspende der Sozietät BTK Binnewies Kurch Streuber in Höhe von 1.053,35 EUR für die Kindertagesstätte "Froschkönig" der Stadt Halle (Saale) (PSP-Element 1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen)
- **4. Sponsoringvereinbarung** mit dem Halle Startup Partners e.V., Heinrich-Damerow-Str. 3, 06120 Halle (Saale) und der Stadt Halle (Saale) über einen Geldbetrag in Höhe von **2.500,00 EUR** zur Durchführung des IQ-Wettbewerbs 2022

(PSP-Element-1.57111 – Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung)

- Geldspende von Frau Sczeponek, M. in Höhe von 1.500,00 EUR für das Tierheim der Stadt Halle (Saale) (PSP-Element 1.12213 – Tierheim)
- Sachspende der Familie Fox in Höhe von 1.503,71 EUR für das Kinder- und Jugendschutzzentrum der Stadt Halle (Saale) (PSP-Element 1.36701 – Kinder- und Jugendschutzzentrum)

zu 7.4 Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat

Vorlage: VII/2021/03458

zu 7.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat (VII/2021/03458)

Vorlage: VII/2022/03755

- zu 7.4.2 Änderungsantrag der Stadträtinnen Sondermann und Jacobi (Die PARTEI) zur Beschlussvorlage "Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat" (VII/2021/03458) Vorlage: VII/2022/03702
- zu 7.4.3 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat (VII/2021/03458)
 Vorlage: VII/2022/03769
- zu 7.4.3.1 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat (VII/2021/03458)
 Vorlage: VII/2022/03871
- zu 7.4.4 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage VII/2021/03458 "Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat" Vorlage: VII/2022/03870
- zu 7.4.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage VII/2021/03458 ,hier: "Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat"
 Vorlage: VII/2022/03876

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

Dann sind wir bei TOP 7.4, Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle durch den Stadtrat und dazu die entsprechenden Änderungsanträge beziehungsweise Änderungsanträge zum Änderungsantrag. Ich erspare es mir jetzt, die alle nochmal einzeln aufzuzählen. Und frage zunächst nach Wortmeldung. Herr Eigendorf und dann Frau Jacobi und dann Frau Krimmling-Schoeffler.

Herr Eigendorf

Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier nimmt heute eine Diskussion ihr vorläufiges Ende und ich glaube, nach gestern, nach der Beratung im Planungsausschuss, kann man sagen es ist ein Ende das, zwar absehbar war, das aber so nicht sonderlich erfreulich ist. Nicht erfreulich, weil am Ende des Tages ein gut gemachter qualifizierter Mietspiegel eines der wichtigsten Instrumente ist, wenn es darum geht, steigende Mieten zu verhindern und vor allem dafür zu sorgen, dass wir Mieterinnen und Mieter vor der sich weiterdrehenden Mietpreisspirale schützen können. Trotz allem, und das haben wir in den Diskussionen hier gemerkt, sind bei dem Mietspiegel gerade in den letzten Wochen in den Diskussionen in Ausschüssen mehr Fragen als Antworten aufgetaucht. Wir geben mit unserem Änderungsantrag schon einen ersten Fingerzeig darauf, wo aus unserer Sicht Punkte sind, die aufgegriffen, die geändert werden müssen ...

Frau Müller

Herr Eigendorf, entschuldigen Sie mal bitte. Herr Wels, genau, über die Nase, vor allem, wenn sie Herrn Ernst, ja, im Nacken sprechen. Danke. Bitte Herr Eigendorf, weiter geht es.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir haben in unserem Änderungsantrag einige Punkte aufgeschrieben, von denen wir es gut gefunden hätten, wenn wir es schaffen würden, sie in dem jetzigen Mietspiegel zu ändern, es zeichnet sich ab, dass es hierfür im Rat keine Mehrheit gibt. Deswegen lassen Sie uns diese Punkte, die ja auch von zum Beispiel den Mieterbund mit auf den Weg gegeben werden, lassen Sie uns diese Punkte aufgreifen und in der weiteren Debatte berücksichtigen.

Uns ist allen klar, wir werden bis zum 01.01.2024, aufgrund der bundesrechtlichen Regelungen, einen neuen Mietspiegel erstellen müssen. Uns ist, vor allem jetzt in der Vorausschau, aufgrund des sich abzeichnenden Abstimmungsergebnis sehr, sehr wichtig, dass wir aus den Problemen und aus den Herausforderungen, auf die wir jetzt gestoßen sind in dieser Diskussion, lernen und das für den kommenden Mietspiegel miteinbeziehen.

Wir haben in Punkt 4 eine Änderung vorgeschlagen bezüglich des Vorgehens zum Mietspiegel. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Kolleginnen und Kollegen von den Linken bedanken, die im Nachgang zur gestrigen Planungsausschusssitzung da unseren Impuls aufgenommen haben, weil wir glauben, das ist ganz wichtig ist, dass wir die Mietspiegel, wenn wir ihn für 2024 noch mal neu behandeln, weil wir dann gesetzlich dazu verpflichtet sind, wenn wir an diesem Zeitpunkt nicht erst beraten, wenn die Daten vorliegen, wenn alles fertig ist, sondern das wir schon im Vorfeld mit einer breiten Beteiligung machen. Wir haben zuständige Ausschüsse im Stadtrat, wir haben eine gut organisierte Wohnungswirtschaft und wir haben vor allem, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Runden Tisch Wohnen ein Expertengremium, das bis dahin, das hat der Beigeordnete zugesagt, in Kraft getreten ist und dann können wir auch die Expertise in diesem Runden Tisch aufgreifen, aufnehmen, die Impulse in den Mietspiegel eintragen und wir sind uns sicher dass uns dann gelingt beim nächsten Mal ein Mietspiegel auf den wegzubringen, der das erreichen kann, was ein Mietspiegel machen soll, nämlich die Wohnungsmarktsituation befrieden.

Der heutige hier zur Abstimmung stehende Mietspiegel kann das in der Art und Weise nicht. Vielen Dank.

Frau Müller

Frau Jacobi.

Frau Jacobi

Ja, vielen Dank. Herr Bürgermeister, Frau Vorsitzende, liebe Mandatsträger, ich spreche zu dem Änderungsantrag der Stadträt*innen der sehr guten Partei Die Partei. Die

Stellungnahme der Stadtverwaltung zu unserem Änderungsantrag definiert nochmal ganz klar die Kriterien, die für die Qualifizierung des Mietspiegels stehen. Und in der Realität ist es aber leider so, dass die Datenlage nicht qualifiziert ist, da sie ja nunmehr veraltet ist und auch die kontroverse Diskussion in den Fachausschüssen hat deutlich gemacht, dass es eben hier Nachbesserungsbedarf besteht.

Unser Antrag hat seine Intention schon erwirkt und zwar eben, dass wir uns hier über die Vorlage der Stadtverwaltung, also den erstellten Mietspiegel nochmal auf seine Eignung intensiv damit auseinandersetzen und das beraten. In dem Sinne ...

Frau Müller

Frau Jacobi, Entschuldigung, ich muss jetzt auch noch mal unterbrechen. Herr Dr. Wend und Frau Wünscher, es tut mir leid, ich bin es auch wirklich leid hier jedes Mal darauf hinzuweisen, dass das Hygienekonzept nicht eingehalten wird. Ich bin ja auch keine Schießhündin, es sollten doch mal alle gelesen haben und begriffen haben, ja ...

-Zwischenruf-

Frau Müller

Also, in dem Moment, wo ich immer und immer wieder daran erinnern muss, glaube ich irgendwann auch nicht mehr an versehen. Das ist tut mir leid, es ist nervt mich wirklich aber ich bin hier verantwortlich dafür, dass das umgesetzt wird und ich kann dann auch nicht mit unterschiedlichem Maß messen. Also, versuchen Sie doch bitte einfach mal dran zu denken. Vielen Dank. Frau Jacobi, bitte, ich habe Ihre Zeit angehalten, Sie dürfen weiterreden.

Frau Jacobi

Danke. Der Stadtrat hatte einst 200.000 Euro für die Erstellung eines Mietspiegels in den Haushalt eingestellt, im Vergabeverfahren hat das Angebot mit knapp 65.000 den Zuschlag erhalten, am Ende hat der Mietspiegel jetzt mehr als 95.000 Euro gekostet. Die Preise steigen halt irgendwie überall. Aber dennoch ist eben noch ein bisschen Geld übrig, um das alles nochmal ordentlich zu machen. Aber unseren Änderungsantrag ziehe ich zurück, weil er sich eigentlich erledigt hat. Danke.

Frau Müller

Okay, dann ist der Änderungsantrag zurückgezogen. Und dann zunächst Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Der Mietspiegel kommt in einer Zeit, in der die Menschen sowieso schon beunruhigt sind und zum Teil jeden Euro zweimal umdrehen. Bei uns steigen die Energie- und Nahrungsmittelpreise, bundesweit gehen derzeit die Mietpreise durch die Decke, vor allem in den großen Städten getrieben durch die private Immobilienwirtschaft. Auch in Halle werden viele eine Veränderung spüren, sei es bei Umzugsplänen oder entsprechender Post vom Vermieter. Mit dem Mietspiegelentwurf in der jetzigen Form sehen wir eine weitere Verschärfung dieser Situation für die Mieter*innen. Das Grundproblem ist, dass keine Miete durch den Mietspiegel sinken wird. Dieser vorliegende Mietspiegel entpuppt sich als ein einseitiges Instrument der Mieterhöhung. Er erfüllt keineswegs die Funktion der Befriedung und schafft auch keinen Interessenausgleich. Deshalb lehnen wir den vorliegenden Entwurf des Mietspiegels für Halle nach reichlicher Überlegung ab.

Wir haben in den Fachausschüssen viel und konstruktiv diskutiert, gestern abschließend in einer gemeinsamen Sitzung des PA und AWWSD. Ich habe aus dieser Sitzung mitgenommen, dass es bei keinem der Anwesenden zu leichtfertigen Entscheidungen kommen wird, sondern durchaus bedacht. Was uns aber wirklich beschäftigt ist, dass der Mietspiegelentwurf die soziale Spaltung in der Stadt und ihren Stadtteilen weiter verstärken

würde. Dies widerspricht den Intentionen des Wohnungspolitischen Konzepts der Stadt Halle. Dies können wir nicht gutheißen.

Wir erwarten, wie in unserem Änderungsantrag formuliert daher, bei der Erstellung eines neuen Mietspiegels bis 2024 eine andere Herangehensweise der Stadtverwaltung, eine frühzeitige Einbeziehung der Wohnungswirtschaft, des Runden Tischs Wohnen und des Stadtrates und nicht erst eine Beteiligung auf der Zielgeraden. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, um gemeinsam einen wirklich qualifizierten Mietspiegel für unsere Stadt zu erstellen und den jetzigen Entwurf abzulehnen.

Frau Müller

Und Herr Heym.

Herr Heym

Ja, vielen Dank. Die Diskussion in den Fachausschüssen hat es gezeigt, ja, glaube an diesen Mietspiegel wie er vorliegt, es erschüttert. Es wird wahrgenommen von vielfältigen Mitgliedern dieses Stadtrates als Zerrbild, auch von uns, es wurde immer wieder geäußert, dass die Spieglung der Zustände in Halle über diesen Mietspiegel nicht wahrnehmbar ist, einzelne Stadträte haben ihre eigenen Mieten durchgerechnet, Mieten ihrer Nachbarn, ihres Umfelds, sind zu Ergebnissen gekommen, wie meine Vorrednerin schon sagte, dass wohl keine Miete sinken, sondern eher großflächig Mieten steigen werden. Dem können wir uns gedanklich anschließen, das ist auch unsere Befürchtung. Es spiegelt auch vielfältig sich in diesem Mietspiegel nicht wieder das teilweise wirklich preiswerte Angebote in der Stadt Halle vorhanden sind, die sich in diesem Mietspiegel Teil, aus unserer Sicht, nicht abbilden.

Woher das kommt? Es wurde vielfältig diskutiert in den Fachausschüssen, zuletzt nicht konnte nicht aufgeklärt werden. Die Gefahr bei der Teuerung, die wir im Moment schon in unserer Stadt zu verzeichnen haben, von der die Bürger betroffen sind, ist, das hier zusätzlich noch ein Punkt durch unsere Entscheidung hinzugefügt wird, die den Menschen das Leben noch schwerer macht. Das kann nicht unser Ansinnen sein.

Dann kommen wir zu den Änderungsanträgen. Der Änderungsantrag der SPD, auch das wurde im Ausschuss besprochen, ist ein Punkt 1 aus unserer Sicht manipulativ suggestiv und gefährlich und das hat uns dazu veranlasst, hier einen Änderungsantrag einzubringen, weil wir nicht möchten, dass, wenn wir uns hier mit unserem Votum gegen diesen Mietspiegel aussprechen als Stadtrat, die gesetzlich vorgesehene weitere Optionen gezogen wird, das hier nämlich die großen Wohnungsbaugesellschaften quasi durch die Hintertür diesen anerkennen und er dann doch die Mieter in Halle belastet. Das war unsere Intention, deswegen haben wir hier einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht.

Und noch einen eigenen Antrag, um das doppelt abzusichern, man kennt das Prozedere ja zur Genüge.

Diese Befürchtung wird offensichtlich durch die Fraktion der Linken geteilt, die einen ähnlichen Antrag entsprechend nach uns nachgeschoben hat. Da sind wir erstmal erfreut drüber, so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass der Stadtrat hier zu einem Ergebnis kommt, das auch unseren Vorstellungen entspricht und von daher, ja, sind wir sehr entspannt in der Abstimmung. Es wäre natürlich schön, wenn Sie unserem Antrag zustimmen. Sei es aber darum, wenn es der der Linken wird und zum Schluss das Ergebnis stimmt soll es uns recht sein.

Frau Müller

Ich sehe keinen, Herr Raue.

Herr Raue

Ja, mich würde mal interessieren, Herr Eigendorf, was Sie eigentlich dazu getrieben hat die Formulierung so hinein zu schreiben, wie Sie sie geschrieben haben, nämlich: dass der Stadtrat die Mietspiegelpflicht anerkennt. Also, da hätte ich dann nach meinem kurzen Statement nochmal die Frage an Herrn Schreyer, wie das eigentlich zu definieren ist, ob dieses Anerkennen im Prinzip das beschließen des Mietspiegels, den beschließen im Prinzip gleichkommt. Diese Frage würde ich dann an Herrn Schreyer dann nochmal vielleicht zur Beantwortung geben, denn aus unserer Sicht sieht das so aus, als ob Sie hier die Hallenser und die Öffentlichkeit schlichtweg austricksen. Sie nehmen den Vorschlag, die Beschlussvorlage der Stadtverwaltung, die ja im Prinzip den Mietspiegel in Kraft setzen will und formulieren den Vorschlag ein bisschen um, so dass Sie sich dann möglicherweise in der Öffentlichkeit hinstellen und sagen: Wir haben das ja abgelehnt, wir wollten das ja so gar nicht und dann hat uns sozusagen die Wohnungswirtschaft hinterlistig überrascht. Sie wissen ja, dass das möglich ist, dass die Wohnungswirtschaft diesen Mietspiegel ebenfalls anerkennen kann. Und Sie wollten sich möglicherweise überraschen lassen und so die Öffentlichkeit austricksen. Dem hat mein Kollege gerade ausgeführt, wollen wir uns mit unserem Änderungsantrag entgegenstellen und deswegen haben wir Ihren Änderungsantrag nochmal so präzisiert, dass wir ihn im Prinzip nicht annehmen.

Ja und ich wünschte mir natürlich tatsächlich an dieser Stelle, auch von der Linkspartei, die ja unseren Antrag im Prinzip abgeschrieben hat, was ich nicht schlimm finde, das dürfen Sie auch, wir können hier ja kollegial zusammenarbeiten, aber ich bin dann mal gespannt, wie Sie abstimmen. Sie haben den Antrag, der nach unserem Antrag im Prinzip mit gleichem Wortlaut, fast gleichen Wortlaut abgestimmt wird und da bin ich mal gespannt, wie Sie abstimmen.

Ich kann Ihnen schon mal sagen, wir stimmen Ihrem Antrag dann natürlich auch zu, ne, weil wir wollen ja tatsächlich gemeinsam was erreichen und das unterscheidet uns möglicherweise. Sie wollen versuchen was ohne uns zu erreichen und möglicherweise gelingt Ihnen das dann nicht und dann haben die Bürger den Ärger. Wir wollen den Bürgern kein Ärger bescheren und deswegen versuchen wir mit den Kräften hier im Stadtrat da zusammenzuarbeiten im Interesse unserer Bürger, dass wir hier einen Mieterhöhungsspiegel möglichst nicht in Kraft setzen, der soll überarbeitet werden, das ist auch heute schon benannt worden, das ist auch richtig und wichtig.

Wenn Herr Eigendorf zum Beispiel nochmal sagt, in seinem Statement, dass der Mietspiegel im Prinzip dieses Kriterium ...

Frau Müller

Herr Raue, Ihre drei Minuten sind rum.

Herr Raue

... den Mietmarkt zu befriedigen nicht erfüllt, dann muss er ihn ablehnen. Vielen Dank.

Frau Müller

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Doch. Ich weise allerdings darauf hin, dass wir in fünf Minuten in die Pause gehen, das heißt, wenn sich jetzt noch mehr Wortmeldungen ergeben ist es natürlich legitim aber dann unterbreche ich auch die Debatte an einem bestimmten Punkt. Frau Haupt, bitte.

Frau Haupt

Ja, für die Fraktion hat ja meine Kollegin schon gesprochen, ich wollte aber noch mal ein Thema nämlich einfach aus dem Gesundheits-, Sozialausschuss nochmal aufnehmen. Dort, wie die Zuständigkeit sagt, haben wir uns vor allem mit den sozialen Folgen auseinandergesetzt. Natürlich ist ein Mietspiegel, wenn er gut gemacht ist, ist er für die

Bürger ja wohl besser als Vergleichsmieten, das war klar. Dennoch kann er dazu, ja wie soll ich mich ausdrücken, führt es schon dazu, dass wir auch soziale Probleme bekommen.

Ich frage deshalb nochmal die Stadtverwaltung, weil immer wieder gesagt wurde, dass das Wohnungspolitische Konzept, das ist ja auch schon angesprochen worden, trotzdem bleibt. Ich verstehe noch nicht ganz, vielleicht kann da der Beigeordnete noch mal darauf antworten, wie man beides in Einklang bringen kann, dass es trotzdem läuft, dass es nicht dagegensteht, sondern miteinander verknüpft wird. Das war meine erste Frage.

Und die zweite, die ich habe: Das Land Sachsen-Anhalt hat im Moment ja noch keinen Beschluss zur Mietpreisbremse, weil sicherlich, wenn man die Kriterien sieht, noch nicht notwendig war. Die will ich jetzt auch nicht alle wiederholen. Ich wollte nochmal fragen, wenn wir heute ja dazu kommen, den Mietspiegel nicht zu bestätigen, dann ist ja die Perspektive gegeben für das Jahr 2024, wenn es eine Pflicht wird diesen einzuführen und ich wollte fragen wie die Verwaltung dazu steht, wie sie möglicherweise damit dann umgeht, weil, ich sage mal, auch das Problem der Neuvermietungen bei oder die Deckelung bei Neuvermietung und so weiter ist ja immer ein Problem. Da wollte ich den Beigeordneten, wenn es möglich ist, nochmal zu fragen.

Frau Müller

Ich würde jetzt mal so verfahren und den Beigeordneten Rebenstorf am Ende der Debatte dann auch nochmal abschließend zu Wort kommen lassen, weil es waren jetzt noch mehr Wortmeldungen, ja, ok. Wir haben jetzt erstmal noch Frau Kreutzfeldt. Dann bitte nochmal die Wortmeldung, wer sich jetzt alles gemeldet hatte. Frau Winkler und Herr Menke. Und dann lasse ich jetzt mal noch die eine Wortmeldung zu, das ist Frau Kreuzfeld und dann unterbreche ich die Debatte und dann gehen wir erstmal in die Pause. Frau Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreutzfeldt

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss nicht alles wiederholen, was bisher gesagt wurde. Es wurde schon viel Kritik angebracht. Wir lehnen den Mietspiegel auch ab und wir lehnen ihn auch ab ...

Frau Müller

Frau Kreutzfeldt, gehen Sie mal bitte ans Mikrophon ran. Danke.

Frau Dr. Kreutzfeldt

Wir lehnen ihn auch ab. Ihn jetzt in Kraft zu setzen und in zwei Jahren neu zu erstellen, weil das würde dann erstmal eine Folge von Mieterhöhungen nach sich ziehen, die dann in einen neu zu erstellenden Mietspiegel wieder mit eingehen. Wir halten bei dem jetzigen Mietspiegel einfach auch die Datenlage zu gering, ein Datensatz von nur knapp über 1000 Wohnungen, die da eingeflossen sind, das ist einfach keine repräsentative Grundlage, um das beurteilen zu können.

Wir würden dem Antrag der Linken zustimmen und zwar in seiner Gesamtheit. Ich finde es auch gut, dass dieser Part aus Punkt 4 des SPD-Antrages übernommen wurde und würden damit alle anderen Änderungsanträge ablehnen. Das ist unsere Stellung. Ich möchte das jetzt nicht weiter in die Länge ziehen und dann können wir erst mal in die Pause gehen vielleicht.

Frau Müller

Gut, Frau Winkler und Herr Menke sind notiert und ich gehe jetzt erstmal in eine, ne, Herr Raue, ich gehe jetzt erstmal in eine 20-minütige Pause. Sie haben Recht, Herr Raue, da haben Sie haben Recht, ich habe vorhin Herrn Schreyer gar nicht das Wort erteilt, das machen wir jetzt noch an der Stelle, Herr Schreyer vielleicht können Sie auf Herrn Raue nochmal eingehen und dann gehen wir in die Pause. Bitte.

Herr Schreyer

Also, dann darf ich mal für die antragstellende SPD-Fraktion antworten. Und wenn ich mir diesen Antrag anschaue, dann sehe ich kein Anerkenntnis, von dem Herr Raue gesprochen hat, sondern ich sehe hier ein "zur Kenntnis nehmen". "Zur Kenntnis nehmen" in diesem Zusammenhang bedeutet letztendlich eine Ablehnung, genauso wie es auch andere Änderungsanträge vorsehen, weil es wäre ein Anerkenntnis, also ein positives Votum, wir wollen diesen Mietspiegel in dieser Form erforderlich und da die SPD beantragt ihn "zur Kenntnis" zu nehmen, ist es rechtlich eine Ablehnung anders formuliert. Das heißt, kein Anerkenntnis. Vielen Dank.

Frau Müller

Danke Herr Schreyer und wir gehen in eine Pause bis 15:50 Uhr und ich bitte auch zügig, nein die Geräte bitte nicht mit rausnehmen, sondern abgeben beziehungsweise auf dem Tisch liegen lassen, Entschuldigung. Auf den Tisch liegen lassen.

Die Sitzung wurde für eine Pause unterbrochen.

Frau Müller

Liebe Stadträtinnen und Stadträte, ich bitte die Plätze zügig einzunehmen. Und ich setze die Debatte zur Beschlussvorlage 7.4, Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels, fort und hatte als nächstes auf der Rednerliste Frau Winkler, bitteschön.

Frau Winkler

Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, unseren Antrag hatten wir deshalb so gestellt, weil wir die Wirkung des Mietspiegels begrenzen wollten auf die nächsten zwei Jahre nach dem Motto: Nach dem Mietspiegel ist vor dem Mietspiegel. Der nächste Mietspiegel muss sowieso zeitnah erstellt werden, deshalb finde ich diese ganzen Anträge etwas überflüssig. Man kann sich ja dagegen entscheiden, diesen Mietspiegel anzuerkennen, das werden sowieso die meisten machen, aber ich garantiere Ihnen, dass auch der Mietspiegel in zwei Jahren Ihnen nicht gefallen wird. Und insofern sehe ich die Lösung hier Schaden zu begrenzen und diesen Mietspiegel für die nächsten zwei Jahre anzuerkennen, damit wir wenigstens überhaupt etwas haben.

Sie gehen immer davon aus, dass die Leute zu wenig Miete zahlen und deswegen maximal in Höhe des Mietspiegels die Miete angehoben werden kann. Es gibt aber auch genug, die weit mehr zahlen. Jeder Vermieter wird sich diese Debatte gut anhören in dieser Stadt und wird die nächsten zwei Jahre die Mieten erhöhen wo er kann und der nächste Mietspiegel setzt dann durchaus in einem höheren Bereich an, als der derzeitige. Damit haben Sie für die Mieter keinen Schutz und Sie haben den Vermietern im Grunde genommen, indem Sie den Mietspiegel ablehnen, in die Hände gespielt. Viel Vergnügen.

Wenn man schon einen Mietspiegel haben muss, wie er jetzt gesetzlich vorgeschrieben ist, dann wird es nicht besser, wenn Sie den hier ablehnen. Abgesehen davon, dass ich ihre mathematischen Grundlagen und Kenntnisse über die Fehlerhaftigkeit dieser mathematischen Erstellung hier überhaupt nicht nachvollziehen kann, ich weiß nicht, wer von Ihnen so gut rechnet, wie diese ALP-Menschen das gemacht haben. Also, dass das rechnerisch richtig ist, das glaube ich, kann man nicht bestreiten. Dass es Ihnen nicht gefällt ist eine ganz andere Sache. Aber der in zwei Jahren wird Ihnen auch nicht gefallen. Insofern bitte ich unseren Antrag zu befürworten.

Frau Müller

Herr Menke.

Herr Menke

Ja, schönen Dank. Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, grundsätzlich begrüßen wir als Fraktion qualifizierte Mietspiegel, wenn sie gut gemacht sind. Ein gut gemachter qualifizierter Mietspiegel hat eine Befriedungsfunktion zwischen den Parteien und führt dazu, dass Mieter und Vermieter wissen woran sie sind. Darüber hinaus hat er eine Indizwirkung für Mieterhöhungsprozesse beim Amtsgericht, weil die Richter natürlich dann nicht für jeden Prozess ein Gutachten einholen müssen, sondern sagen können, wir gucken in den Mietspiegel hinein. In diesem Fall ist es allerdings so, dass wir begründete Zweifel haben, dass der Mietspiegel gut gemacht ist. Ein schlecht gemachter Mietspiegel, quasi ein unqualifizierter, um das Wort aufzugreifen aus dem Änderungsantrag, der gestellt worden ist, nützt niemandem etwas, der hat keine Befriedungsfunktion und die Richter und Richterinnen beim Amtsgericht werden diese Zweifel, die wir haben sicherlich aufgreifen und dann den Mietspiegel sicherlich auch nicht mehr als starkes Indiz für die Richtigkeit annehmen. Genau, ja, Frau Winkler, die Richterinnen und Richter beim Amtsgericht sehen unsere Diskussionen doch auch mit Interesse, wenn es um sowas geht und lesen auch in der Zeitung was zum Mietspiegel von uns gesagt wurde.

Darüber hinaus bin ich über einige Änderungsanträge irritiert, die Ziffer 2 des Änderungsantrages von Die Linke, die nützt niemandem etwas, weil die Alternative zu einem Stadtratsbeschluss ist ja, dass die Wohnungswirtschaft zustimmt und zwar die Interessenverbände. Die Interessenverbände sind aber die Interessenverbände der Mieter und der Vermieter und nicht die HWG und GWG. Die GWG und die HWG sind höchstens Mitglied in einem Interessenverband, aber selber können sie gar nicht zustimmen.

Einige von den Änderungsanträgen sind auch nicht zielführend, also, einen unqualifizierten Mietspiegel für zwei Jahre zu beschließen hilft auch nicht weiter, ja. Deswegen würde ich einfach, um den Überblick nicht zu verlieren, vorschlagen, alle Änderungsanträge und den unqualifizierten Mietspiegel ablehnen. Dankeschön.

Frau Müller

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, dann würde ich jetzt nochmal den Blick zu, Herr Bernstiel. Bitte.

Herr Bernstiel

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, jetzt haben alle Parteien ihre Argumente noch einmal vorgetragen und es war ja auch absehbar aus dem vorangegangenen Diskussionen, dass wir diesem Mietspiegel so zustimmen werden und ich möchte aber noch eins zum Protokoll geben, was ich doch für ein bisschen schwierig halte, denn hier wird immer der Eindruck erweckt wir machen einen neuen Mietspiegel und der wird dann besser und es kommt zu keinen Mieterhöhungen.

Ich glaube, genau das Gegenteil wird der Fall sein, denn wir machen Politik in der Realität und dieser Mietspiegel, wenn er dann neu gemacht wird, wird sich natürlich an den Preisen orientieren, die dann zu diesem Zeitpunkt herrschen und wer sich den Immobilienmarkt in Halle gerade mal anschaut, der wird feststellen, die Preise steigen. Das heißt, egal was wir tun werden, diese Preise werden höher sein und der nächste Mietspiegel wird es nicht unbedingt besser machen, sondern ich befürchte, er wird es für viele Hallenserinnen und Hallenser sogar schlechter machen. Und eines muss man auch noch dazu sagen, weil immer diese einseitige Betrachtungsweise dargestellt wurde, der Mietspiegel erhöht die Kosten für viele Mieterinnen und Mieter, er kann sie genauso gut für viele senken. Wenn Sie sich nämlich mal die Mühe gemacht hätten auch mit einigen privatwirtschaftlichen Unternehmen zu sprechen, dann hätten Sie festgestellt, dass der Mietspiegel, so wie wir ihn

jetzt hier vorliegen haben, auch in die andere Richtung wirkt. Und viele Sorgen, die an uns herangetragen wurden, genau aus der anderen Richtung kommend, dass eben die Mieteinnahmen dadurch sinken würden. Und deshalb sind wir zu dem Schluss gekommen, trotz adressierter Mängel, dass er doch ein relativ guter Interessensausgleich ist.

Und, wenn wir den heute nicht beschließen, dann werde ich Sie daran erinnern, wenn dann der neue Mietspiegel kommt, wie Sie damit dazu beigetragen haben weitere Mietsteigerungen zu rechtfertigen. Danke.

Frau Müller

Herr Heym. Herr Heym, jetzt muss ich mal fragen, mit Bitte um ehrliche Antwort. Ich habe Sie hier schon zweimal stehen, habe Sie jetzt ein drittes Mal aufgeschrieben.

Herr Heym

Ne, einmal gesprochen.

Frau Müller

Sie haben erst einmal redet? Dann habe ich Sie vorhin aufgeschrieben aber sie waren, okay. Bitte.

Herr Heym

Ich wollte auf meinen Vorredner eingehen. Ich glaube, das ist hier doch ein Stück eine Illusion, die geweckt wird, weil, wenn der Mietspiegel jetzt in Kraft tritt für einen gewissen Zeitraum, auch wenn der begrenzt ist, dann besteht die Gefahr, dass entsprechend dieses Mietspiegels die Mieten angehoben werden und diese angehobenen Mieten werden dann die Basis für die nächsten zu erstellenden Mietspiegel sein und das dann entsprechend die Datenlage, die wir heute anzweifeln, zur Realität wird, kann ja nicht in unserer Absicht liegen. Von daher sticht dieses Argument vom Kollegen Bernstiel in keiner Art und Weise.

Frau Müller

So, möchte sich dazu jetzt noch jemand offiziell melden und die Debatte offiziell führen? Das sehe ich nicht. Dann gebe ich noch mal den Herrn Rebenstorf das Wort, bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Müller, vielen Dank. Ich wollte nochmal auf die Frage von Frau Haupt kurz eingehen.

Also, die erste Frage war, bloß nochmal zur Erinnerung, da es vor der Pause war: Der Mietspiegel auf der einen Seite und die Ziele des Wohnungspolitischen Konzeptes auf der anderen Seite. Und die zweite Frage war: Die Deckelung bei Neuvermietungen in Bezug auf die sogenannte Kappungsgrenze, das war das Wort gewesen, was Frau Haupt und ich in der Pause nochmal kurz ausgetauscht hatten.

Ich würde Ihnen vorschlagen, so wie ich es gestern auch in dem kombinierten Ausschuss Wirtschaft- und Planungsausschuss angedeutet habe, dass wir als Verwaltung, sollte das nachher anders ausgehen, als wir es als Verwaltung erwarten, ich werde natürlich trotzdem noch mal um die Zustimmung zu unserer Beschlussvorlage werben, würden wir dann, oder müssen wir dann sogar umgehend, um die gesetzliche Frist 1. Januar 2024 zu erreichen, zeitnah in die Neuerhebung der Daten einsteigen. Damit wir Sie aber rechtzeitig mitgenommen haben, wird es vielleicht zum Runden Tisch Wohnen eine Art Vortermin geben, weil wir mit höchster Wahrscheinlichkeit nicht bis zur Sommerpause warten können, um das mit Ihnen zu diskutieren. Und da würde ich beide Fragen, die Frau Haupt mitgenommen hat, also mitgegeben hat, also Mietspiegel in Bezug auf Wohnungspolitisches Konzept und die Frage nach der Kappungsgrenze, ob wir als Stadt Halle die Voraussetzungen erfüllen, mit Ihnen in einem Workshop besprechen, genau diese beiden

Fragen, die spielen da eine sehr wichtige Rolle. Und wie Sie sich die Neuaufstellung des Mietspiegels vorstellen, wohl gesagt unter den Maßgaben, die der Gesetzgeber vorgibt. Dann würden wir nochmal eine Art Einführungsvorlesung dann machen dazu, was da drunter fällt, wie die Daten auch zu erheben sind, würden vielleicht noch mal im wahrsten Sinne des Wortes gegenüber spiegeln, was wir beim jetzigen Mietspiegel auf den Weg gebracht haben und vielleicht ist das ein Angebot auch von unserer Seite, um aus den Diskussionsprozess zu lernen und da auch was mitzunehmen, dass wir auf diesem Weg dann mit Ihnen in die erneute Diskussion und in die Neuaufstellung des Mietspiegels dann einsteigen.

Also, nochmal zusammengefasst: Ich würde noch deutlich vor der Sommerpause mit einem ersten Auftrag zum Runden Tisch Wohnen kommen und dann wäre das isoliert betrachtet erst einmal nur das Thema, damit wir nach hinten raus die Zeit einfach haben, um den 1. Januar 2024 nicht in einer Hauruckaktion dann 2023 wieder auf den Weg bringen zu müssen. Vielen Dank.

Frau Müller

Herr Menke.

Herr Menke

Herr Rebenstorf, danke für Ihre Worte. Wäre es nicht am konsequentesten, wenn sich hier schon abzeichnet, dass so keine Mehrheit für den Mietspiegel gibt und Sie dann sofort in die neue Diskussion einsteigen wollen, wenn Sie Ihre Vorlage zurückziehen würden und gehen gleich in die neue Diskussion?

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Nein Herr Menke, weil bei aller angebrachter Kritik, man wird sicherlich über die Details immer streiten können, muss ich sagen, sehen wir den Mietspiegel, wie er Ihnen jetzt vorgelegt wurde, immer noch auf Basis wissenschaftlicher Arbeitsweise erhoben wurde. Mein wird, wie gesagt, im Detail diskutieren können. Wir sehen ihn aber nicht in der Hinsicht als völlig unbrauchbar an, wie er immer dargestellt wurde und das kann und will ich an dieser Stelle auch nicht zulassen. Deswegen ist es richtig, das abgestimmt wird an der Stelle. Also, so hatte ich das auch aus den Diskussionen gestern nochmal im Ausschuss mitgenommen, der Stadtrat entscheidet und die Verwaltung wird dann entsprechend darauf reagieren und umsetzen oder eben in die neue Ausschreibung beziehungsweise Neuaufstellung dann einsteigen. Also zurückziehen müsste sicherlich dann Herr Bürgermeister, aber ich kann es ihm nicht empfehlen, ich bin dafür, dass jetzt abgestimmt wird.

Frau Müller

Frau Dr. Wünscher.

Frau Dr. Wünscher

Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, ich hätte gerne nochmal eine Würdigung von der Stadtverwaltung, vielleicht Herrn Schreyer, zu dem Punkt 4 des Änderungsantrags der Linken, denn das war gestern auch eine große Diskussion. Im Baugesetz ist vorgesehen das entweder die Interessenverbände so ein sozusagen diesen Mietspiegel in Kraft setzen können oder der Stadtrat. Und wenn ich diesen Bildpunkt 4 der Linken richtig lese, dann läuft es dahin hinaus, dass dieser Mietspiegel, der denn jetzt neu zu erstellen ist, ausschließlich vom Stadtrat in Kraft gesetzt werden kann. Und gestern wurde uns gesagt durch Frau Förster, dass das im Baugesetz anders vorgesehen ist, das "entweder", "oder". Und wir schließen das "oder" nun aus. Da hätte ich gern eine Würdigung.

Frau Müller

Herr Schreyer, bitte.

Herr Schreyer

Also, wenn ich mir die Ziffer 4 des Änderungsantrags der Fraktion Die Linke anschaue, kann ich das, was Sie hier eben gesagt haben, Frau Dr. Wünscher, nicht mitteilen, weil letztendlich geht es hier um eine Beauftragung zur Vorlage eines entsprechenden Beschlussvorschlags für den Stadtrat und nur das können ja die Verwaltung machen, Ihnen einen entsprechenden Beschlussvorschlag unterbreiten. Wir unterbreiten keine Beschlussvorschläge für Interessenvertreter oder Wohnungsgesellschaften, sondern nur Ihnen und damit ist es nicht ausgeschlossen, dass, wenn Sie diese Vorlage bekommen und sie nicht teilen und damit ablehnen, das dann selbstverständlich noch die zweite Variante in Kraft tritt, nicht aber nach diesem Änderungsantrag hinsichtlich GWG / HWG, weil dort ist eine Gesellschafterweisung mit vorgesehen.

Da darf ich aber noch mal auf Herrn Menke Bezug nehmen. Herr Menke hat insoweit Recht GWG / HWG sind nicht die alleinigen Protagonisten, die hier handeln können. Vielen Dank.

Frau Müller

Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir in das Abstimmungsprozedere gehen, die Beschlussvorlage als solches und die diversen Änderungsanträge.

Die Abstimmungsreihenfolge ist festgelegt, dazu würde ich Herr Schreyer gleich noch mal das Wort geben, das ist ein bisschen tricky, je nach Abstimmung hat das unterschiedliche Folgen, welche Anträge dann gegebenenfalls noch oder nicht mehr abgestimmt werden müssen. Und das wird ihnen jetzt freundlicherweise Herr Schreyer nochmal erklären, bitte.

Herr Schreyer

Vielen Dank. Ich schlage Ihnen zur Abstimmungsreihenfolge folgendes vor: Begonnen werden / sollte mit dem Änderungsantrag der Fraktion AfD zum Änderungsantrag der SPD, weil der Änderungsantrag der SPD der Weitestgehende ist. Es sind nämlich tatsächlich zwei Mietspiegel bis zum Jahr 2024 Gegenstand dieses Änderungsantrages, wobei ich gleich darauf hinweisen darf, dass der Erste so nicht rechtlich in Kraft gesetzt werden könnte, weil die Datenlage dann veraltet werde. Man kann also nicht diese Daten nehmen und mit dem neu arbeiten, das geht rechtlich nicht, aber formal haben sie erstmal zwei Mietspiegel bis zum Jahr 2024 beantragt. Damit ist es der Weitestgehende. Da es einen Änderungsantrag der AfD-Fraktion gibt, wäre der zuerst abzustimmen.

Danach wäre der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke der nächste in der Reihenfolge und dann wäre eigentlich der Änderungsantrag der AfD dran, aber nur dann, wenn keiner der vorher gehenden Änderungsanträge SPD und Linke eine Mehrheit gefunden hat, weil Gegenstand des AfD-Änderungsantrag ist es, genauso wie zum Beispiel der der Linken, eine Ablehnung verbunden mit einer, das ist ein weniger eine Resolution an die Wohnungsgesellschaft nicht einer Gesellschafterweisung und insoweit ist es ein weniger. Und wenn die Linken mit ihrem Änderungsantrag durchkommen, würden eine Mehrheit hier erlangen, dann wäre der AfD-Änderungsantrag nicht mehr abzustimmen.

Der Änderungsantrag der beiden Stadträte Sondermann und Jacobi ist zurückgezogen wurden und damit wäre als letzter Änderungsantrag, aber auch nur dann, wenn es kein vorhergehender Änderungsantrag eine Mehrheit hier gefunden hat, der der Mitbürger. Der Antrag der Mitbürger sieht vor, ein Ja zu dem zu der Beschlussvorlage unter einer Bedingung und damit kann auch er nur zur Abstimmung gelangen, wenn wir vorher keine Mehrheit zu einem "nein" haben. Das ist denknotwendig so der Fall, das heißt ich empfehle Ihnen mit der SPD beziehungsweise dem Änderungsantrag der AfD zu beginnen. Dankeschön.

Frau Müller

Vielen Dank, dann machen wir das so. Dann gehen wir in die Abstimmung und Stimmen zuerst über den Änderungsantrag der AfD zum Änderungsantrag der SPD ab, das wäre der TOP 7.4.3.1. Wer stimmt diesen Änderungsantrag zum Änderungsantrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltung. Bei zwei Enthaltungen und vielen Gegenstimmen und einigen Ja-Stimmen ist der Änderungsantrag der AfD zum Änderungsantrag der SPD abgelehnt.

Dann stimmen wir über den nicht geänderten Änderungsantrag der SPD ab. Wer stimmt dem Änderungsantrag der SPD zu? Die Gegenstimmen? Und die Stimmenthaltung? Bei einer Enthaltung und wenigen Ja-Stimmen und vielen Nein-Stimmen ist der Änderungsantrag der SPD abgelehnt.

Dann stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab. Wer stimmt diesem zu? Die Gegenstimmen? Und die Stimmenthaltung? Bei einer Enthaltung, einigen Nein-Stimmen aber doch mehr Ja-Stimmen ist der Änderungsantrag der Linken angenommen.

Damit entfällt, wie Herr Schreyer gerade ausgeführt hat, der Änderungsantrag der AfD und Mitbürger. Dann sind wir eigentlich schon durch mit dem Abstimmen. Der Änderungsantrag von Frau Jacobi und Herrn Sondermann war zurückgezogen.

Gut, dann sind wir durch mit der Abstimmung. Stimmt, wir müssen noch die so geänderte Gesamtvorlage abstimmen. Wer stimmt der so geänderten Gesamtvorlage zu, den bitte ich um Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Und die Stimmenthaltung? Bei keiner Enthaltung, einige Nein-Stimmen und mehr Ja-Stimmen ist die so geänderte Beschlussvorlage zum Mietspiegel angenommen.

-Ende Wortprotokoll-

zu 7.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat (VII/2021/03458)

Vorlage: VII/2022/03755

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

- 1. Der als Anlage beigefügte neu erstellte Mietspiegel 2022 für die Stadt Halle (Saale) wird als qualifizierter Mietspiegel gemäß § 558 d BGB anerkannt mit der Einschränkung, dass die gemäß § 558 d Abs. 2 Satz 1 BGB nach zwei Jahren vorgesehene Fortschreibung des qualifizierten Mietspiegels entfällt. Stattdessen wird der qualifizierte Mietspiegel entsprechend der ab 1. Juli 2022 geltenden Gesetzeslage mit Zieldatum 01.01.2024 neu erstellt.
- 2. Der qualifizierte Mietspiegel 2022 tritt am 01. Februar **31. März** 2022 in Kraft.

zu 7.4.2 Änderungsantrag der Stadträtinnen Sondermann und Jacobi (Die PARTEI) zur Beschlussvorlage "Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat" (VII/2021/03458)
Vorlage: VII/2022/03702

<u>Abstimmungsergebnis:</u> zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der als Anlage beigefügte neu erstellte Mietspiegel 2022 für die Stadt Halle (Saale) wird als qualifizierter unqualifizierter Mietspiegel gemäß § 558 d c BGB anerkannt.

zu 7.4.3 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat (VII/2021/03458)

Vorlage: VII/2022/03769

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

- 1. Der als Anlage beigefügte neu erstellte Mietspiegel 2022 für die Stadt Halle (Saale) wird als qualifizierter Mietspiegel gemäß § 558 d BGB anerkannt zur Kenntnis genommen.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat auf Basis der vorliegenden Daten einen überarbeiteten Mietspiegel für die Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vorzulegen, der die folgenden Punkte berücksichtigt:
 - a. Die Bauklassen "1946 bis 1969" und "1970 bis 1990" werden jeweils noch einmal in die Unterkategorien "Plattenbau" und "kein Plattenbau" untergliedert.
 - b. Im Mietspiegel werden die bisher verwendeten drei Wohnlagezonen auf Basis eines Beurteilungsrahmens weiter ausdifferenziert, indem bestehende qualitative städtebauliche Ausstattungsmerkmale wie Gebietstypik, Lärm oder Infrastrukturausstattung (insbesondere Lage an einer Straße mit Straßenbahn) berücksichtigt werden.
 - c. Es wird ein Instrument geschaffen, mit dem verhindert wird, dass sich bei Wohnungen eine gute Ausstattung in Grundmiete und bei den Ausstattungsmerkmalen doppelt mietsteigernd auswirkt.
- 2. 3. Der Ein überarbeiteter qualifizierter Mietspiegel 2022 tritt im Monat nach dem Beschluss des Rates am 01.Februar 2022 01. April 2022 in Kraft.
- 4. Der qualifizierte Mietspiegel wird entsprechend der ab 1. Juli 2022 geltenden Gesetzeslage zum 01.01.2024 neu erstellt. Dabei werden die Methodik, die Kriterien und weitere Grundlagen des Mietspiegels im Wohnungspolitischen Runden Tisch vorgestellt und beraten sowie dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt.

zu 7.4.3.1 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat (VII/2021/03458)

Vorlage: VII/2022/03871

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

- 1. Der als Anlage beigefügte neu erstellte Mietspiegel 2022 für die Stadt Halle (Saale) wird als qualifizierter Mietspiegel gemäß § 558 d BGB anerkannt zur Kenntnis genommen abgelehnt.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt dem Stadtrat auf Basis neu zu erhebender Daten, im Sinne der Vorgaben des Mietspiegelreformgesetzes (MsRG), einen überarbeiteten Mietspiegel für die Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vorzulegen, der die folgenden Punkte berücksichtigt: als qualifizierter Mietspiegel fristgerecht im Sinne des Mietspiegelreformgesetzes zum 01.01.2024 in Kraft tritt.
- a. Die Bauklassen "1946 bis 1969" und "1970 bis 1990" werden jeweils noch einmal in die Unterkategorien "Plattenbau" und "kein Plattenbau" untergliedert.
- b. Im Mietspiegel werden die bisher verwendeten drei Wohnlagezonen auf Basis eines Beurteilungsrahmens weiter ausdifferenziert, indem bestehende qualitative städtebauliche Ausstattungsmerkmale wie Gebietstypik, Lärm oder Infrastrukturausstattung (insbesondere Lage an einer Straße mit Straßenbahn) berücksichtigt werden.
- c. Es wird ein Instrument geschaffen, mit dem verhindert wird, dass sich bei Wohnungen eine gute Ausstattung in Grundmiete und bei den Ausstattungsmerkmalen doppelt mietsteigernd auswirkt.
- 3. Ein überarbeiteter qualifizierter Mietspiegel 2022 **2024** tritt, im Monat nach dem Beschluss**fassung** des Rates, am **01.01.2024** 01. April 2022 in Kraft.
- 4. Der qualifizierte Mietspiegel wird entsprechend der ab 1. Juli 2022 geltenden Gesetzeslage zum 01.01.2024 neu erstellt. Dabei werden die Methodik, die Kriterien und weitere Grundlagen des Mietspiegels im Wohnungspolitischen Runden Tisch vorgestellt und beraten sowie dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt.
- zu 7.4.4 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage VII/2021/03458 "Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat" Vorlage: VII/2022/03870

<u>Abstimmungsergebnis:</u> erledigt

Beschlussvorschlag:

- 1. Der als Anlage beigefügte neu erstellte Mietspiegel 2022 für die Stadt Halle (Saale) wird als qualifizierter Mietspiegel gemäß §558d BGB **nicht** anerkannt.
- 2. Der qualifizierte Mietspiegel 2022 tritt am 01. April 2022 nicht in Kraft.

- 3. Der Stadtrat informiert über den Bürgermeister die kommunalen Wohnungsgesellschaften, dass der Stadtrat den Mietspiegel 2022 nicht anerkannt hat.
- 4. Der Stadtrat erklärt gegenüber den kommunalen Wohnungsgesellschaften, dass aufgrund seiner Ablehnung die ersatzweise Anerkennung des Mietspiegels durch die kommunale Wohnungswirtschaft eine Missachtung der demokratischen Teilhabe und Willensbildung wäre.
- zu 7.4.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage VII/2021/03458 ,hier: "Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat"
 Vorlage: VII/2022/03876

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

- 1. Der als Anlage beigefügte Entwurf eines Mietspiegels für die Stadt Halle (Saale) wird als qualifizierter Mietspiegel gemäß § 558 d BGB nicht anerkannt.
- Der Stadtrat weist den Gesellschaftervertreter der Stadt Halle (Saale) in den Gesellschafterversammlungen der kommunalen Gesellschaften HWG mbH und GWG mbH an, die Geschäftsführerinnen beider Gesellschaften anzuweisen, dass eine ersatzweise Anerkennung des Mietspiegels – aufgrund der Ablehnung des Mietspiegelentwurfs unter Punkt 1 - durch die jeweilige Wohnungsgesellschaft untersagt ist.
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat auf der Grundlage der Regelungen des Mietspiegelreformgesetzes (MsRG), einen überarbeiteten Mietspiegel für die Stadt Halle (Saale) rechtzeitig vor dem 01.01.2024 zum Beschluss vorzulegen.
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibungsunterlagen zur Erstellung eines Mietspiegels mit den Partnern in der Wohnungswirtschaft sowie den Teilnehmern des Runden Tisches "Wohnen" abzustimmen und das Ergebnis dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen. dem Stadtrat vor Veröffentlichung der Ausschreibung zur Kenntnis zu geben.

zu 7.4 Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch

den Stadtrat

Vorlage: VII/2021/03458

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der als Anlage beigefügte Entwurf eines Mietspiegels für die Stadt Halle (Saale) wird als qualifizierter Mietspiegel gemäß § 558 d BGB nicht anerkannt.
- 2. Der Stadtrat weist den Gesellschaftervertreter der Stadt Halle (Saale) in den Gesellschafterversammlungen der kommunalen Gesellschaften HWG mbH und GWG mbH an, die Geschäftsführerinnen beider Gesellschaften anzuweisen, dass eine ersatzweise Anerkennung des Mietspiegels aufgrund der Ablehnung des Mietspiegelentwurfs unter Punkt 1 durch die jeweilige Wohnungsgesellschaft untersagt ist.
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat auf der Grundlage der Regelungen des Mietspiegelreformgesetzes (MsRG), einen überarbeiteten Mietspiegel für die Stadt Halle (Saale) rechtzeitig vor dem 01.01.2024 zum Beschluss vorzulegen.
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibungsunterlagen zur Erstellung eines Mietspiegels mit den Partnern in der Wohnungswirtschaft sowie den Teilnehmern des Runden Tisches "Wohnen" abzustimmen und das Ergebnis dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.

zu 7.6 Gebührensatzung des Planetariums Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02932

zu 7.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Gebührensatzung des Planetariums; BV VII/2021/02932 Vorlage: VII/2022/03663

Frau Dr. Brock brachte den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Herr Wels sprach sich für die Beschlussvorlage der Verwaltung aus. Er habe die Preise des zukünftigen Betreibers der Verwaltung mit anderen Planetarien und deren Eintrittspreise verglichen. Halle liegt völlig im Rahmen, die Preise sind sozial verträglich.

Herr Heym sprach sich für die Beschlussvorlage und gegen den Änderungsantrag der Grünen aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

zu 7.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur

Beschlussvorlage Gebührensatzung des Planetariums; BV VII/2021/02932 Vorlage: VII/2022/03663

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich abgelehnt 21 Ja / 26 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Paragraph 4 "Höhe der Gebühren für den Besuch von Veranstaltungen im Planetarium Halle (Saale)" <u>und der § 6 "Gebührenfreiheit für den Besuch von Veranstaltungen im Planetarium Halle (Saale)"</u> wird geändert und erhält die folgende Fassung:

§ 4 Höhe der Gebühren für den Besuch von Veranstaltungen im Planetarium Halle (Saale) (außer Sonderveranstaltungen)

		Gebühr	ermäßigte Gebühr in Euro	
		in Euro	in Euro	
I. Reguläre öffentliche Veranstaltungen				
I.1. Wissensprogramm und Vorträge)			
Einzelkarte pro Veranstaltung		7,50 8,50 8,00	5,00	
Einzelkarte Kind 3 bis 16 Jahre im Familienverbund pro Veranstaltung (gilt für Kinder bis 16 Jahren)			3,00	
Kinder im Familienverbund Familie n Kind 3 bis 16 Jahre	nit Kindern , ab o	dem 3. Kind,	1,50	
Jahreskarte		37,50 40,00	25,00	
Die Jahreskarte ermöglicht den ganzjährigen Besuch von Planetariumsvorführungen und gilt nur für reguläre Wissensprogramme und Vorträge.				
I.2. Musik- und Kulturveranstaltungen				
Einzelkarte Pro Veranstaltung	ab	9,00	6,50	
II. Kita-, Schul- und Studierendengruppe	en			
Einzelkarte pro Veranstaltung	ab	9 -5,00	6,50 3,00	

Die gesonderten Eintrittsgebühren für Kita-, Schul- und Studierendengruppen gelten nur im Rahmen des Schulunterrichts und der Ausbildung

Beim Kauf von Eintrittskarten über den Online-Ticketshop können zusätzliche Kosten anfallen.

§ 6 Gebührenfreiheit für den Besuch von Veranstaltungen im Planetarium Halle (Saale)

Gebühren nach § 4 dieser Satzung werden nicht erhoben:

- 1. für Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres.
- 2. <u>für die Begleitperson eines Menschen mit einer Schwerbehinderung bei Vorliegen</u> eines Schwerbehindertenausweises mit der entsprechenden Kennzeichnung.
- 3. <u>für je zwei Betreuerinnen/Betreuer pro Kita- und Kindergartengruppe oder pro Schulklasse oder pro Studierendengruppe.</u>
- 4. <u>für Vorbereitungsbesuche von Lehrerinnen und Lehrern oder Erzieherinnen und Erziehern oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Hochschulen.</u>
- 5. <u>für die Nutzung der Übungs- und Vortragsräume sowie der Beobachtungsterrasse in Verbindung mit dem Besuch eines Planetariumprogramms im Rahmen des Unterrichts oder der Ausbildung.</u>
- 6. <u>für Personen, die das Planetarium für wissenschaftliche oder orts- und heimatgeschichtliche Zwecke besuchen.</u>
- 7. <u>Auf eine Gebührenerhebung kann im Einzelfall auf Antrag verzichtet werden, wenn die Benutzung im öffentlichen Interesse bzw. Interesse der Stadt Halle(Saale) liegt oder diese eine Schenkung bzw. eine Leihgabe betrifft.</u>
- 8. <u>In besonderen Fällen (z.B. Lange Nacht der Wissenschaften, Tag des offenen Denkmals, Kongresse) können die Benutzungsgebühren reduziert oder es kann ganz darauf verzichtet werden.</u>
- 9. <u>für Inhaberinnen/Inhaber des Halle-Passes A für den Besuch der regulären Veranstaltungen.</u>

zu 7.6 Gebührensatzung des Planetariums Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02932

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

45 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Gebührensatzung und die Gemeinnützigkeitssatzung des Planetariums Halle (Saale).

zu 7.7 Baubeschluss für die Brandschutzgrundsicherung der Grundschule "August Hermann Francke", Haus 40, Franckeplatz 1, 06110 Halle (Saale) mit der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms "Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen"

Vorlage: VII/2021/02170

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

48 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt, für die brandschutztechnische Ertüchtigung des 1. Rettungsweges der Grundschule "August Hermann Francke", Haus 40, Franckeplatz 1, 06110 Halle (Saale) auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
- 2. Der Stadtrat beschließt die Realisierung der brandschutztechnischen Ertüchtigung des 1. Rettungsweges der Grundschule "August Hermann Francke", Haus 40, Franckeplatz 1, 06110 Halle (Saale) mit der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms "Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen".

zu 7.8 Namensgebung Grundschule Westliche Neustadt Vorlage: VII/2021/03534

Herr Dr. Wend sprach sich für die Namensvergabe aus. Er sagte, dass die Sanierung der Schule notwendig ist.

Frau Ranft schloss sich dem an. Die Mitglieder des Bildungsausschusses werden sich die

Gegenseiten am Dienstag zur Sitzung anschauen.

Herr Schachtschneider regte an, bei Namensgebungen auch weibliche Persönlichkeiten zu berücksichtigen, aber auch hallesche Persönlichkeiten wären wünschenswert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

41 Ja / 0 Nein / 7 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dem Vorschlag der Gesamtkonferenz zu folgen und die Grundschule Westliche Neustadt zum 01.08.2022 in

Grundschule Otfried Preußler

umzubenennen.

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wickelplätzen in städtischen Einrichtungen Vorlage: VII/2022/03674

Frau Dr. Brock brachte den Antrag im Namen ihrer Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

27 Ja / 15 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in relevanten städtischen Einrichtungen mit Publikumsund Kund*innenverkehr, Wickelplätze einzurichten. Diese sollen für alle Personen, unabhängig von ihrem Geschlecht, frei zugänglich sein.

zu 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Konzepts zur Abfallvermeidung, der stofflichen Wiederverwendung und des Recyclings von Abfällen

Vorlage: VII/2021/03069

Herr Aldag brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich zugestimmt

36 Ja / 5 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH bis spätestens Juli 2023 unter Berücksichtigung der in Zusammenhang mit dem Abfallwirtschaftskonzept in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 10.02.2022 vorgestellten Maßnahmenideen ein Konzept zur Abfallvermeidung, der stofflichen Wiederverwendung und des Recyclings von Abfällen mit den Handlungsfeldern öffentliche Verwaltung, Bildungseinrichtungen, Haushalte, Gewerbe, Handel und Events für Halle (Saale) mit Analyse des Abfallvermeidungspotentials und Zielen/Maßnahmen zu erstellen. Die Erarbeitung des Abfallvermeidungskonzeptes erfolgt unter Beteiligung der Öffentlichkeit. Geprüft wird, inwieweit für die Konzepterstellung Fördermöglichkeiten durch Programme des Landes, Bundes und der Europäischen Union in Anspruch genommen werden können, beispielsweise das Förderprogramm Kommunalrichtlinie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Eine Berichterstattung über den Zwischenstand der Erarbeitung des Konzepts zur Abfallvermeidung, der stofflichen Wiederverwendung und des Recyclings von Abfällen erfolgt im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung im 4. Quartal 2022.

zu 8.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorberatung von Varianten- und Baubeschlüssen sowie Bebauungsplänen im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung Vorlage: VII/2021/03479

Herr Aldag brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Herr Dr. Thomas sprach sich für den Antrag aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

28 Ja / 3 Nein / 14 Enthaltungen

Beschluss:

Die Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wird in II Nr. 8 (Empfehlungsrechte Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung) um folgenden neuen Punkt 6 ergänzt: "Varianten- und Baubeschlüssen sowie Beschlussvorlagen im Rahmen von Bebauungsplanverfahren die Natura-2000-Gebiete, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete. Naturdenkmale, Geschützte Landschaftsbestandteile oder geschützte Biotope betreffen/tangieren."

Die bisherigen Empfehlungsrechte Nr. 6 – 12 werden zu Nr. 7 – 13.

zu 8.5 Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Prüfung von Treffpunkten für

Jugendliche in der Öffentlichkeit im Einklang mit dem Emissions- bzw. Lärmschutz

Vorlage: VII/2021/03459

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

8.5, Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Treffpunkten für Jugendliche in der Öffentlichkeit im Einklang mit dem Emissions- und Lärmschutz. Herr Heym.

Herr Heym

Vielen Dank. Bei der Besprechung unseres Antrages in den Ausschüssen habe ich es Ihnen schon prophezeit, da war noch das Wetter etwas bescheidener. Inzwischen ist das Thema wieder aktuell. Vom letzten Wochenende haben wir von einem Großeinsatz am Landesmuseum lesen müssen, fünf verletzte Jugendliche. Wir sind also im Konflikt wieder mittendrin, im Konflikt zwischen den Jugendlichen und mit den Anwohnern.

Unser Antrag zielt darauf ab dass die Stadtverwaltung sich dieses Problems annimmt und entsprechend prüft, wie Emissions- und Lärmschutz einzuhalten, welche Flächen könnten ausgewiesen werden oder wie kann man entsprechend dafür sorgen, das vorhandene Flächen von den Jugendlichen auch genutzt werden, welche Hemmnisse stehen dagegen.

Ich kann mich an die Diskussion erinnern, als wir die neue Geschäftsordnung besprochen haben, da ging es um ein anderes Thema, da ging es darum, Stellungnahmen der Verwaltung, wie sind diese zu fertigen, wann sind diese zu fertigen, welche Voraussetzungen braucht die Verwaltung. Uns wurde von der Verwaltung dort mitgeteilt, dass sie in der Regel davon abhängig sind, welche Begründung wir unseren Anträgen beilegen, wann und in welcher Art und Weise entsprechende Stellungnahmen gefertigt werden können. Nun liegt mir die Stellungnahme zu unserem Antrag hier vor. In unserer Begründung haben wir ganz eindeutig, im letzten Satz können Sie es nachlesen, die Zielrichtung unseres Antrages verdeutlicht. Der Antrag zielt damit auf die Befriedung eines dauerhaften gesellschaftlichen Konfliktes. Die Verwaltung antwortet uns darauf: Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

Liebe Verwaltung, wo ist dieser dauerhafte gesellschaftliche Konflikt in unserer Stadt erledigt? Doch wohl in keinster Weise. Ich bitte Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen.

Frau Müller

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann können wir auch hier abstimmen. Herr Stehle gibt wieder frei und bitteschön.

Wir haben 7 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen, damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

7 Ja / 37 Nein / 3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern es öffentliche Freiflächen gibt, die im Einklang mit den Emissions- bzw. Lärmschutzauflagen von Jugendlichen auch abends genutzt werden können. Das Ergebnis der Prüfung wird im April 2022 im Stadtrat vorgestellt.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Herr Helmich übernahm den Vorsitz des Stadtrates.

zu 9.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

"Städtepartnerschaften mit Leben erfüllen - Mit Ufa einen Beitrag für Frieden und Verständigung leisten"

Vorlage: VII/2022/03778

-Auf der Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler sowie auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Herr Helmich

So, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zum Tagesordnungspunkt 9, Anträge von Fraktionen und Stadträten. Wir haben 9.1, Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Städtepartnerschaften mit Leben erfüllen - Mit Ufa einen Beitrag für Frieden und Verständigung leisten". Ich frage in die Runde, gibt es Wortmeldungen? Frau Müller, bitte.

Frau Müller

Ja, Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will zu dem Antrag jetzt gar nicht mehr so viel erzählen, also nicht zu dem, was im Antrag drinsteht. Ich denke, wir haben das alle gelesen. Ich will mal was zur Genese des Antrags erzählen, um ein bisschen verständlicher zu machen, wie sich das sozusagen ergeben hat.

Der Ursprung unseres Antrages war eigentlich die Überlegung generell was zu Städtepartnerschaften zu machen im Hinblick auf die drei Jubiläen, die Halle in diesem Jahr mit den Partnerstädten Oulu, Ufa und Karlsruhe hat und hatte so ein bisschen den Hintergrund, dass wir eine lange Pandemie hinter uns haben und dort das ganze Thema

Entfernung voneinander, Distanzierung schon im kleinsten Kreis up to date war und das logischerweise auf Städtepartnerschaften sich noch viel mehr niederschlug. Das war die ursprüngliche Idee. Die Jubiläen wollten wir entsprechend mit diesen Baumpatenschaften würdigen und auch die Idee eines Sportturniers, um nicht nur die Jubiläen zu würdigen, sondern auch generell Städtepartnerschaften wiederzubeleben.

Dann kam der Ukraine-Krieg dazwischen, sprich der Angriff Russlands auf die Ukraine und da kamen wir dann an dem Punkt, dass wir dachten, okay Halle hat eine Partnerstadt in Russland, das ist Ufa. An der Stelle kommen wir jetzt hier auch irgendwie nicht mehr drum herum uns zu Ufa zu bekennen oder uns eben zu Ufa nicht zu bekennen. Deswegen kann man, konnten wir quasi auch einen Städtepartnerschaftsantrag ohne dieses Thema auch irgendwie nicht mehr machen.

Wir sagen hier an dieser Stelle ganz klar: Wir wollen die Städtepartnerschaft zu Ufa an der Stelle erhalten und nicht aufkündigen. Wir hatten es im Antrag auch ein bisschen ausgeführt, wir sind durchaus der Meinung, dass so eine Städtepartnerschaft ganz andere Möglichkeiten der Verständigung ermöglicht, dort sind gewachsene Strukturen, wir haben hier in Halle auch Vereine und Initiativen, zum Beispiel die Freunde Baschkortostan, die dort auch seit vielen Jahren Verbindungen hinhaben, das ermöglicht eben wirklich Verständigung und kulturellen Austausch auf einer ganz anderen Ebene, als das, was sich dort momentan, ja, ein Herr Putin leistet.

Wir sind auch nicht, würde ich mal ganz ehrlich einräumen, wir hatten es ja auch so reingeschrieben in der Begründung, dass wir davon ausgehen, das ist Putins Krieg und nicht der Krieg der russischen Bevölkerung. Natürlich führt Putin diesen Krieg nicht alleine und natürlich gibt es in Russland auch einen, denke ich, nicht allzu klein Apparat, der diesen Krieg auch stützt. Ein Putin könnte das nicht alleine. Insofern würde ich jetzt nicht von Putins Krieg vielleicht mehr sprechen aber vom System Putin.

Wir gehen trotzdem davon aus, dass es auch in Russland nach wie vor eine Zivilgesellschaft gibt, die diesen Krieg nicht teilt und die diesen Krieg auch oppositionell gegenübersteht.

Insofern wollen wir ja an der Stelle, das zumindest versuchen. Wir können das alle nicht einschätzen, wie erfolgreich das ist aber wir wollen es versuchen. Wenn sich irgendwann mal herausstellen sollte, Herr Geier hatte diesen Brief auch nach Ufa geschickt, wo wir auch in den Antrag reingeschrieben haben, das Teilen wir ausdrücklich so, dass dieser Krieg als das benannt wird, was er ist, nämlich ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Das ist die Geschäftsgrundlage, auf der wir letzten Endes auch sagen, auf dieser Basis wollen wir versuchen die Städtepartnerschaft zu Ufa zu erhalten. Sollte irgendwann eine glühende Solidaritätsadresse für Putin aus Ufa zurückkommen und beim Bürgermeister landen, dann müssen wir an der Stelle vielleicht auch sagen, okay, vergessen wir jetzt hier mal an der Stelle. Aber das wissen wir nicht. Wir wollen zumindest den Versuch aufrechterhalten diese Kontakte dort auch, also den Versuch wagen, diese Kontakte dort aufrechtzuerhalten.

Dann haben wir noch den Punkt eingebracht, dass wir damit auch ein bisschen Signal setzen sollen, dass es diese Anfeindungen gegen russische Menschen auch in Deutschland nicht geben sollte. Herr Dr. Bergner, nur an dieser Stelle der Hinweis, ich habe das natürlich auch verfolgt gestern in der MZ. Ich habe das wirklich auch interessiert gelesen, ich gebe Ihnen absolut recht, dass derzeit wirklich ganz viel russische Propaganda unterwegs ist. Das ist überhaupt keine Frage. Ich glaube, aber dass man das Problem, dass russische Menschen hier in Deutschland auch angefeindet werden zumindest nicht gänzlich von der Hand weisen kann. Also da habe ich persönlich auch tatsächlich schon andere Erfahrungen gemacht, ich nicht selber, aber im Beisein sozusagen. Das nur zur Erwähnung.

Dann haben wir den Punkt reingebracht, perspektivisch auch noch eine Partnerschaft zu einer ukrainischen Stadt aufzunehmen. Wir haben das nachgereicht. Warum haben wir das nachgereicht?

Nicht, weil wir der Meinung waren, dass das die Sache wert ist, sondern, ich sage es ganz ehrlich, in dem Moment wo wir diesen Antrag entworfen haben, ging es ja überhaupt erst mal darum, Städtepartnerschaften, die bestehen, überhaupt erst mal wieder mit Leben zu erfüllen und mal wieder mehr sozusagen zu beleben, weil wir denken, dass das eingeschlafen ist. Dann gleich noch eine neue Partnerstadt hinzuzunehmen, ist grundsätzlich erstmal schwierig. Wir glauben aber, dass wir uns ja momentan tatsächlich auch in einer Ausnahmesituation finden und dass uns die Sache auch an der Stelle absolut wert sein muss, zumindest zu versuchen zur Ukraine Partnerschaften aufzubauen.

Wir wollen, uns ist klar, dass wir ein Päckchen geschnürt haben mit ganz vielen unterschiedlichen Sachen, deswegen verweisen wir den Antrag gleich selbst in den Hauptausschuss, können auch noch gerne andere Ausschüsse dazu, wir wollen wirklich, dass das intensiv und auch differenziert diskutiert wird. Vielen Dank.

Herr Helmich

Herzlichen Dank, ich lese jetzt kurz die Rednerliste vor. Ich habe jetzt Herrn Dr. Wend, Herrn Wels und Herrn Dr. Bergner. Zuerst Herr Dr. Wend bitte.

Herr Dr. Wend

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Stadtratskolleginnen und Kollegen, es ist fraglos, dass wir alle sehr betroffen sind durch den Angriffskrieg auf die Ukraine und es ist auch keine Frage, dass Völkerverständigung auch in Konfliktsituationen enorm wichtig ist und dass darüber nachgedacht werden muss, wie man das aufrechthält. Aber wir finden schon, dass es auch ein sehr heikler Moment ist, in dem dieser Antrag hier kommt und wir fragen uns aus unserer Fraktion heraus, was mögen ukrainische Menschen denken, die das hier lesen. Und deswegen haben wir das sehr diskutierte in der Fraktion.

Meine persönliche Anregung ist, mir ist untergekommen ein ähnlicher Antrag aus dem Stadtrat in Suhl und man findet dort erheblich klare Worte. Man sagt zum einen: Wir können und werden im Interesse unserer über 50-jährigen Partnerschaft jetzt nicht zur Tagesordnung übergehen, wir wollen einen neuen und ehrlichen Dialog der Verständigung und des Vertrauens, wir wollen eine friedliche Zukunft für die Kinder unserer Stadt und unserer Partnerschaft und darüber hinaus ist, das fordert das Papier die politischen Entscheidungsträger in der Partnerschaft auf, Präsident Putin zur Beendigung des Überfalls auf die Ukraine aufzufordern.

Das ist auch heikel, weil wir alle wissen, wenn man jetzt in Russland den Mund aufmacht, das ist schwierig. Deswegen finden wir gut, was der Oberbürgermeister geschrieben hat, also der Bürgermeister, Entschuldigung, geschrieben hat und sind auch der Ansicht, dass es gut ist, dass ihr Antrag erstmal verwiesen ist. Es ist sehr differenziert zu beachten in dieser heiklen Situation, wie wir damit umgehen. Dankeschön.

Herr Helmich

Herzlichen Dank. Und Herr Wels bitte.

Herr Wels

Herr stellvertretender Vorsitzender, Herr Bürgermeister, werte Beigeordnete, meine Damen und Herren, ich muss ganz ehrlich sagen, ich kann ja in meinem ganzen Leben keinen Moment nehmen oder heranziehen, der mich emotional so mitnimmt, wie das, was gerade

hier durch die Russen vom Zaun gebrochen, muss man sagen, sicherlich Putin als Kopf, in der Ukraine passiert.

Und wir haben, Frau Müller, Ihren Antrag, Ihrer Fraktion wirklich sehr aufmerksam studiert und das ist vollkommen richtig, dass Städtefreundschaften, Städtepartnerschaften ein wesentliches Element darstellen zur Völkerverständigung. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Allerdings haben auch wir einen wirklich erheblichen Kritikpunkt hervorzubringen. Sie wollen, dass wir in der jetzigen Situation, wo russische Bomben auf ukrainischem Boden einschlagen, die Städtepartnerschaft mit der Stadt Ufa aufrechterhalten und vor allen Dingen auch noch bekräftigen.

Das ist im Prinzip einfach ein Punkt, aus eigenen Erfahrungen, aus eigenem Wissen, sind aus meinem erweiterten sportlichen Freundeskreis ukrainische Sportlerinnen und Sportler ums Leben gekommen, als Zivilisten und nicht als Soldaten. Und es kann nicht sein, dass wir so etwas hier versuchen durchzuziehen. Welches Signal senden wir hier an der Stelle wirklich aus? Und Sie legen einen besonderen Fokus auf das Mannschaftsturnier, auf die Miniolympiade und dann muss ich sagen, lassen wir die Bäumchen an der Stelle mal weg. Ich kann mir wirklich gar nicht vorstellen, wie die Sportlerinnen und Sportler aus Ufa, die Russinnen und Russen, dann hier auftauchen mit, ja, auf der Brust, so treten sie natürlich auf, im Paradeanzug mit der russischen Fahne auf der Brust, und wir haben es ja gesehen im Luschniki Stadion 200.000 Sportler haben dort auch frenetisch Putin gefeiert und gesungen und am besten noch mit einem Z auf der Brust treten die hier an und treten in einen friedlichen sportlichen Wettstreit mit unseren Sportlerinnen und Sportlern, währenddessen ukrainische Sportler ihren Trainingsanzug getauscht haben mit der Uniform, und auch das ist mir bekannt, und dort in der Ukraine um ihr Leben kämpfen, um das Leben ihrer Familie, ja um die Freiheit in der Ukraine.

Und das kann ich mir beim besten Willen einfach nicht vorstellen und dann ist es ja auch so, mittlerweile haben, wenn wir von Sport sprechen, alle internationalen Spitzenfachverbände die Russen und Weißrussen von der Teilnahme an Wettkämpfen ausgeschlossen, suspendiert. Und das ist auch ein Signal was hier ausgeht und selbst der deutsche Schwimmverband hätte die kommende Weltmeisterschaft mit ihren Sportlern boykottiert, wenn Russen und Weißrussen in dem Falle am Start gewesen wären. Die Fifa hat noch reagiert, hat die suspendiert, somit dürfen unsere Sportler jetzt an der Stelle auch dahinfahren. Und dann möchte ich abschließend noch mal sagen, wenn man den Sport schon heranzieht, dann muss man auch mal den Begründer der Olympischen Spiele der Neuzeit, Herrn Pierre de Coubertin heranziehen, mit seiner Friedensidee des Sportes und das sagt nämlich aus, dass man im jugendlichen Alter aufeinandertrifft in einem sportlichen Wettstreit und durch die Leistungsfähigkeit des anderen wächst der Respekt vor dem Anderen. Und wenn man dann älter wird, erinnert man sich daran und das wird aufgrund dessen, dass Respekt entstanden ist, kriegerische Auseinandersetzungen verhindern, so ist die Aussage. Der Sport ist dazu da, einen Krieg zu verhindern, aber nicht um ihn zu beenden. Das muss die Politik an der Stelle auch leisten und die Intention Ihres Antrages gibt hier ein völlig falsches Signal wider.

Unsere Intention wäre es wirklich, diese Partnerschaft wirklich mal einzufrieren, auf Eis zu legen, wie das 35 Kommunen in Deutschland mittlerweile machen. Einfach das Signal an diesen Apparat zu senden, so ist es nicht in Ordnung, dass das vielleicht auch mal in die Bevölkerung rüber schwappt, die nicht alle hinter Putin stehen, aber man erkennt, hier läuft irgendwas schief. Das wäre das richtige Signal aus unserer Sicht.

Und der letzte Satz, dann möchte ich auch gleich Schluss machen, Herr Helmich. Tut mir leid. Aber es hat mich einfach an der Stelle auch so ergriffen, dann müsste man sich auch fragen, welche Kosten denn genau dies aufwirft, die Sponsoren stehen nicht Schlange, wenn man alle hiermit einlädt, dann sind das Flugkosten. Unterkunft, Hotelkosten, Sportstätten,

das ist ja ein wahnsinniger Aufwand. Also, wir mit unserem Haushalt könnten ja gar nicht helfen, aber auch die Sponsoren, obwohl, wenn ich ehrlich bin, würde an der Stelle ja nur noch Ufa kommen, weil alle anderen würde an dieser Stelle nicht mehr kommen, wenn die Russen hierherkommen würden.

Deswegen würden wir vorschlagen, ist in Hauptausschuss verwiesen, dass man alle Punkte an der Stelle streicht, außer den letzten Punkt. Das wäre eine wichtige Sache. Eine Städtepartnerschaft mit der Ukraine hier in der Stadt aufrechtzuerhalten. Das wäre eine tolle Sache. Danke.

Herr Helmich

Vielen Dank. Dann habe ich jetzt Herrn Dr. Bergner und dann Herr Heym.

Herr Dr. Bergner

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, liebe Frau Müller, um das vielleicht gleich vorweg zu sagen, ich plädiere jetzt nicht dafür, die Städtepartnerschaft mit Ufa spontan aufzukündigen, aber ich werbe sehr für mehr Sensibilität, als im Antrag zum Ausdruck kommt.

Was die Wirkung auf ukrainische Menschen betrifft und auf die Situation in der Ukraine, darauf hat Herr Wend und der Kollege Wels bereits hingewiesen und das ist ja doch ein merkwürdiger Kontrast, wenn Spitzenverbände bis hin zur Fifa die Wettkämpfe mit russischen Athleten aus bekanntem Anlass aufkündigen und wir machen so eine Art Sportfest hier. Und selbst das Buchenwald-Komitee hat für den bevorstehenden Jahrestag, 77. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald, die offiziellen Vertreter aus Russland und Weißrussland als unerwünscht abgewiesen.

Das heißt, wir können uns, müssen uns schon mehr Gedanken machen, was jetzt hier eine angemessene Reaktion ist, als es im Antrag zum Ausdruck kommt.

Was die ukrainische Seite betrifft, dazu haben die Vorredner Stellung genommen. Ich will mal einen Blick auf ihre Erwartungen werfen, wir könnten gewissermaßen offene Gesprächspartner, sind ja nicht alle für Putin, gewissermaßen in diesen Begegnungen uns mit ihnen unterhalten. Ich darf aus einer WhatsApp eines langjährigen guten russischen Freundes zitieren, die ich vor knapp 3 Wochen gekriegt habe. Da stand der Satz: Ich möchte definitiv nicht ins Gefängnis. Und mit diesem Satz hat er mir signalisiert, dass ich von ihm nicht Bekenntnisse erwarten kann, die er nicht geben kann und hat mir auch den Hinweis gegeben, dass ich doch bitte Rücksicht auf seine Lage nehmen soll, in der er sich befindet. Und wir brauchen uns nur die Gesetzgebung der jüngsten Wochen anzuschauen. Es genügt inzwischen, nachdem das Gesetz über die Verunglimpfung der Streitkräfte beschlossen wurden, im Eilverfahren durch die DUMA, dass man in irgendeinem Tweet diesen aggressiven Angriff auf die Ukraine einen Krieg nennt, und nicht eine Sonderoperation, und es droht ein Strafmaß bis zu 15 Jahren.

Wir erleben, dass die letzte freie Zeitung, die es schon vorher schwer hatte, die Nowaja Gaseta, der Chefredakteur bei dem Friedensnobelpreis, Journalisten dieser Zeitung sind erschossen worden, schon vor Jahren. Anna Politkowskaja, dass sie unter dem Druck der Unfreiheit jetzt ihren Betrieb eingestellt hat, und wir erwarten Begegnungen, die gewissermaßen in Offenheit und Freiheit geschehen.

Und einen zweiten Punkt, auf den will ich auch noch hinweisen, und das bezieht sich auf die Aussagen, die sie schon gesagt haben. Ich habe in den letzten Wochen in erschreckender Weise zur Kenntnis nehmen müssen, wie die russische Propaganda, und das heißt nichts anderes, das ist identisch mit dem russischen Staatsfernsehen und das ist das einzige Fernsehen, Wirklichkeiten verfälscht und bösartig zur Desinformation verwandelt. Was wissen wir denn, wie aus einer Begegnung mit unseren Partnern aus Baschkortostan in

Russland berichtet wird? Wir haben es überhaupt nicht in der Hand, wenn daraus eine Geschichte gemacht wird, wir wären zusammengekommen, um uns abzugrenzen gegen vermeintliche Russenfeindlichkeit und auch den Krieg Putins nicht mehr so ernst zu nehmen.

Wir haben es überhaupt nicht in der Hand und deshalb, ich verstehe die Intention Ihres Antrags, ich bin weit davon entfernt zu sagen, wir müssen jetzt die russische Gesellschaft abschreiben, aber vielleicht darf ich, Herr Vorsitzender, abschließend, nur ein kurzes Zitat aus einem Erfahrungsbericht eines russischen Gastwissenschaftlers, der jetzt in Deutschland ist und dessen Namen die Zeitung nicht veröffentlicht hat, um die eigene Familie in Russland zu schützen und aus diesen Erfahrungsbericht will ich nur kurz zitieren:

Die Vision einer gewandelten russischen Gesellschaft, die den Krieg überwindet und bereut, muss von Menschen entwickelt werden, die zunächst gezwungen sind, ihre Meinung nur flüsternd zu äußern oder für die Nachwelt aufzuschreiben, wenn sie nicht ihre Verhaftung riskieren wollen. Vielleicht wird irgendwann ein Diskurs des Neuen Freien Russlands aufblühen aber seine Träger werden ganz andere Menschen sein. Das traurige Schicksal derjenigen, die jetzt für ihn kämpfen, wird nur ein kleiner Teil des Preises sein, den die russische Gesellschaft für den Krieg zu zahlen hat.

Soweit dieser Gastwissenschaftler.

Verehrte Frau Müller, ich möchte Ihnen fast den Vorschlag machen, ziehen Sie ihren Antrag zurück. Ich respektiere das Anliegen, aber wir werden auf dieser Basis zu keiner vernünftigen Lösung kommen. Vielen Dank.

Herr Helmich

Herzlichen Dank. Herr Heym bitte.

Herr Heym

Ja, vielen Dank. Ja auch mich haben die Bilder seit dem 24. Februar wütend, hilflos, ja ohnmächtig gemacht, ob der Brutalität, die dem ukrainischen Volk angetan wird. Die Frage, die man sich an der Stelle reflexartig stellt, ist: Wie kann man helfen?

Und von daher bin ich hier anders als mein Vorredner der Meinung, man kann den Antrag stellen, aber das, was hier im Punkt 5 steht, wäre mein Punkt 1 gewesen, sodass man sofort überlegt, wie kann man mit einer Stadt in der Ukraine in Kontakt gelangen und dort Hilfe leisten, denn es gibt nicht nur Flüchtlinge, die nach Westeuropa fliehen, sondern vor Ort auch viele, die in der Westukraine derzeit Schutz suchen, wo man entsprechend helfen könnte. In der Westukraine liegt beispielsweise Schernewski, eine wunderschöne Universitätsstadt in der Westukraine. Der Gouverneur des dazugehörigen Oblast spricht hervorragend deutsch. Wäre sicher eine Überlegung wert, Größe ähnlich wie unser Halle, wo man sicher im Erfahrungsaustausch mit Rat und Tat und sicher auch mit dem ein oder anderen Hilfstransport mit Gütern unterstützen könnte.

Alle anderen Punkte, die in diesem Antrag hier aufgeführt sind, sind aus meiner Sicht und aus unserer Sicht in der Zeitschiene sicher irgendwann Punkte, die man dann um bestimmte Entwicklungen, die wir heute so zur Kenntnis nehmen müssen, wieder zu glätten, angehen könnte, aber eben zum jetzigen Zeitpunkt, das ist im Grunde das, was meine Vorredner sagten, unangebracht.

Von daher haben wir uns als Fraktion überlegt, neben der Verweisung im Hauptausschuss, die ja schon vorgenommen wurde, die nachgelagerten Dinge dann besprechen zu wollen im Finanzausschuss, Sportausschuss und im AWWSD. Danke.

Herr Helmich

Herzlichen Dank. Jetzt habe ich noch Herrn Eigendorf für die SPD-Fraktion auf der Rednerliste, bitteschön.

Herr Eigendorf

Danke Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich hoffe, ich glaube, dieser Antrag, wenn er wieder in den Stadtrat zurückkommt, anders aussieht, weil es durchaus einiges an Veränderungspotential gibt. Das müssen wir besprechen, nicht nur im Hauptausschuss, in anderen Ausschüssen die schon genannt wurden, sondern unter anderem auch im Kulturausschuss und deswegen verweise ich den Antrag namens meiner Fraktion zusätzlich auch noch in den Kulturausschuss. Vielen Dank.

Herr Helmich

Gut, herzlichen Dank liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Entschuldigung, Frau Mark, bitte.

Frau Mark

Vielen Dank. Ich möchte zum Abschluss nochmal für die FDP-Fraktion oder auch aus meiner Sicht persönlich ein paar Dinge sagen.

Ich stehe diesem Antrag relativ ambivalent gegenüber, weil ich ein grundlegendes Problem damit habe, egal in welche Richtung wir ihn drehen, wovon wir momentan genug haben und eigentlich mehr als genug haben ist Symbolpolitik und mir ist klar, dass dieser Stadtrat natürlich nicht in der Lage ist, in dem Rahmen, in dem man sich wünschen würde, Dinge vor Ort zu verändern. Wir sind als Stadt natürlich ganz massiv bei dem gefragt, was wir an Folgen sozial hier vor Ort abfedern können. Natürlich können wir nicht unmittelbar in Geschehenes eingreifen, aber ich glaube Symbolpolitik ist das, was wir uns möglicherweise aufheben sollten für den Zeitpunkt, in dem die Menschen in der Ukraine nicht mehr tagtäglich sterben, fliehen, hungern und getötet werden.

Ich glaube, es wird noch eine ganz, ganz lange Zeit kommen, in der werden wir uns damit befassen können, suchen wir uns Partnerstädte, geben wir Partnerstädte auf oder nicht. Ich glaube, diese Zeit wird lang genug sein, dann wird es auch um Fragen des Wiederaufbaus gehen, zu denen wir möglichst schnell am besten kommen werden. Ich glaube, momentan halte ich es allerdings für schwierig hierzu, also, ich würde mich seltsam fühlen, selbst wenn ich sage, ich pflanze hier Bäume für die Ukraine, wenn ich da stehe mit einer Schaufel und woanders steht einer mit einem Gewehr in der Ukraine und versucht sein Leben zu verteidigen. Ich finde, dass alles ein bisschen sehr, sehr seltsam und sehr befremdlich.

Zu der Frage, wie man jetzt mit diesem Antrag umgeht, wenn überhaupt, kann ich mir vorstellen und dazu ist es gut, dass er in diese Ausschüsse kommt, wir wissen neben dem Krieg, der in der Ukraine tobt, tobt ja auch ein anderer, nämlich der Informationskrieg in Russland. Und wenn wir es überhaupt ansatzweise schaffen würden, diesen Antrag in eine Richtung zu entwickeln, in der wir uns einen minimalen Pfad dazu erhalten, ein bisschen Wahrheit nach Russland, nach Ufa zu tragen. Wir wissen natürlich nicht, in welcher Art der Berichterstattung das Ganze in Russland vor Ort behandelt wird. Wir können es uns allerdings ungefähr vorstellen ehrlicherweise, aber ich finde, jedes Fünkchen Wahrheit, was wir einem russischen Staatsbürger an die Hand geben können, natürlich gibt es eine Berichterstattung, aber es gibt auch Menschen, die möglicherweise, ich bin da noch unentschlossen, aber die möglicherweise herkommen und die dann sehen und hören, was eigentlich vor Ort passiert.

Ich glaube, diese Wahrheit, die wir streuen können in die russische Bevölkerung hinein, diesen Weg sollten wir uns aufrechterhalten. Ich glaube, das muss man allerdings sensibel tatsächlich begleiten. Wenn überhaupt, kann das Ziel sein, ja wir geben Wahrheit mit rein, denn das ist das Einzige oder die einzige Waffe, die wir hier tatsächlich haben, um in

Konflikt, im Verlauf dieses Konfliktes dieses Krieges etwas bewegen zu können. Alles andere, wie gesagt an Symbolpolitik, das wird noch alles ganz groß werden, aber ich kann mir nicht vorstellen momentan, dass sich auch nur eine ukrainische Stadt mit dem Gedanken trägt, sich jetzt Gedanken über Partnerstädte zu machen. Wie gesagt, es ist alles sehr löblich, dass auch, sage ich mal, auch Europa sich Gedanken darum macht, aber ich glaube, in dem Moment, in dem man im Bunker sitzt, möglicherweise an der Front steht oder auch gar nicht irgendwo mehr steht, dann ist vielleicht nicht der Zeitpunkt, noch nicht, Bäume zu pflanzen. Vielen Dank.

Herr Helmich

Ich bedanke mich für den Wortbeitrag. Gibt es weitere noch? Falls nicht, dann danke ich für die Tonlage auch in dieser Debatte, die nicht einfach ist und würde jetzt aber zur Abstimmung, nicht zur Abstimmung kommen, der Antrag ist hier verwiesen, sondern wir sind fertig mit diesem Punkt.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch GOA der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
in den Hauptausschuss
durch GOA der AfD Stadtratsfraktion Halle
in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung,
Sportausschuss und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften,
sowie durch GOA der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

In diesem Jahr feiert Halle drei Städtepartnerschaftsjubiläen: 50 Jahre Oulu (Republik Finnland), 35 Jahre Karlsruhe und 25 Jahre Ufa (Baschkortostan/Russische Föderation). Darüber hinaus pflegt Halle städtepartnerschaftliche Beziehungen zu Linz (Österreich), Savannah (USA), Grenoble (Frankreich) und Jiaxing (China).

Da die Städtepartnerschaft zu Ufa aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine einer besonderen Sensibilität unterliegt, die drei diesjährigen Städtepartnerschaftsjubiläen gewürdigt und die Städtepartnerschaften Halles generell mit Leben erfüllt **und erweitert** werden sollen, wird die Stadtverwaltung beauftragt, folgendes umzusetzen.

1. Der Stadtrat würdigt, dass sich Bürgermeister Geier mit dem Ausbruch des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine in einem persönlichen Brief an den Oberbürgermeister der halleschen Partnerstadt Ufa in Russland gewandt und den Einmarsch der russischen Armee in das Nachbarland Ukraine verurteilt hat. Der Stadtrat begrüßt und teilt den Wortlaut: "Dieser Einmarsch ist durch nichts zu rechtfertigen. Nach den grausamen Erfahrungen zweier Weltkriege sind Städtepartnerschaften mit dieser Überzeugung entstanden: Die persönliche Begegnung von Menschen ist das wirkungsvollste Mittel, um künftige Konflikte zu verhindern. Gewalt ist keine Lösung – eingedenk dieser unumstößlichen Gewissheit hoffen und wünschen wir, dass sich alle Menschen in unserer Partnerstadt Ufa für Frieden einsetzen".

Die Stadtverwaltung wird in diesem Sinne beauftragt, die Städtepartnerschaft

zwischen Halle und Ufa zu bekräftigen, den Kontakt zur Partnerstadt Ufa mit besonderem Augenmerk und besonderer Sensibilität aufrechtzuerhalten und zu pflegen und alle Möglichkeiten der friedlichen Verständigung zu nutzen.

- 2. Im Rahmen der drei diesjährigen Städtepartnerschaftsjubiläen mit Karlsruhe, Oulu und Ufa erfolgt für jede Städtepartnerschaft eine Baumpflanzung in Halle (und soweit möglich in der jeweiligen Partnerstadt). Die Bäume, versehen mit einer kleinen Hinweistafel zur Städtepartnerschaft und dem entsprechenden Jubiläum, sollen im Idealfall während eines Delegationsbesuchs aus (bzw. in) der jeweiligen Partnerstadt gepflanzt werden.
- 3. Die Stadt organisiert und veranstaltet ein städtepartnerschaftliches Mannschaftsportturnier, zu dem junge Nachwuchssportler*innen bzw. Teams aller Partnerstädte eingeladen werden und sich im sportlichen Wettstreit messen. Im Sinne einer Erprobungsphase wird sich dabei zunächst auf eine Sportart beschränkt, beispielsweise auf ein Fußball- oder Volleyballturnier. Langfristiges Ziel ist, ein solches städtepartnerschaftliches Sportturnier dauerhaft zu etablieren und auf weitere Sportarten auszudehnen.
- 4. Aufgrund der Haushaltslage und den entstehenden Kosten für die Baumpflanzungen und ein städtepartnerschaftliches Sportturnier prüft die Stadt Möglichkeiten des Sponsorings und sonstiger Unterstützungsmöglichkeiten durch Unternehmen, Vereine, Verbände oder Privatpersonen.
- 5. Die Stadt prüft im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten eine perspektivisch neu zu schließende Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine.

Die Sitzung wurde für eine 20-minütige Pause unterbrochen.

zu 9.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung einer möglichen Zwischenlösung für die Skatehalle Fliparena Vorlage: VII/2022/03786

Frau Dr. Brock brachte den Antrag ein und warb um Zustimmung.

Der Antrag wurde verwiesen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> verwiesen

durch GOA der AfD-Stadtratsfraktion Halle in den Sportausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Verein congrav e.V., dem Stadtsportbund Halle sowie der Freiraumagentur zu prüfen, wie das bisher vorgehaltene Sportangebot des congrav e.V. in der Skatehalle Fliparena (Begonienstraße) nach

Kündigung zum 30.06.2022 zwischenzeitlich an einem Interimsstandort aufrechterhalten werden kann. In die Prüfung sind mögliche eigene städtische Immobilien (z.B. Turnhalle Trakehner Straße) und andere Standorte im Stadtgebiet (z.B. ehemalige Turnhalle am Volkspark) einzubeziehen.

zu 9.4 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Ansichziehung der Entscheidung über die Angelegenheit "Verkauf eines kommunalen Grundstücks" BV VII/2022/03619 gemäß § 46 Abs. 2 KVG LSA an den Stadtrat

Vorlage: VII/2022/03705

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Herr Helmich

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Ansichziehung der Entscheidung über die Angelegenheit Verkauf eines kommunalen Grundstücks gemäß Paragraph 46 Absatz 2 KVG LSA an den Stadtrat. Wer möchte den Antrag einbringen? Herr Raue, Bitte.

Herr Raue

Ja, vielen Dank, Herr Helmich. Nun haben wir von der Stadtverwaltung den Hinweis bekommen, dass das kommunale Grundstück mittlerweile verkauft ist. Das kommunale Grundstück, wo der islamische Kulturverein dann perspektivisch seine Moschee vergrößern wird und das alles ist geschehen, ohne die Stadtgesellschaft wirklich einzubeziehen und ich höre in diesem Haus zu jeder Angelegenheit und auch über kleinste Angelegenheiten wird diskutiert, nehmt die Stadtgesellschaft mit, fragt die Leute, entscheidet das zusammen. Und hier an dieser Stelle läuft es ganz anders, heimlich kommt eine Vorlage in den Finanzausschuss und dort steht dann letztendlich drin, dass ein kommunales Grundstück verkauft werden soll an die islamische Gemeinde in Halle. Und wir von der AfD sehen das an dieser Stelle aus zwei Gründen kritisch.

Das erste sowieso, es ist eine große kommunal bedeutende kommunalpolitische Entscheidung, die aus unserer Sicht tatsächlich, insbesondere vor Ort besprochen werden muss. Und der zweite Grund aus unserer Sicht, warum wir es natürlich selbst ablehnen, dort eine Moschee zu errichten, oder überhaupt Moscheen zu errichten bei uns, das ist schlicht und einfach der Grund, dass wir nicht der Auffassung sind, dass dieses Moscheebetreiben dazu führt, dass sich die Menschen bei uns besser integrieren. Wir denken oder vielmehr ich insbesondere denke, dass das eigentlich eher desintegrativ wirkt, denn die Leute ziehen sich dort zurück und die bewahren nicht nur ihre Kultur, sondern im Prinzip auch ihren festen islamischen Glauben mit den ganzen Vor-und Nachteilen, die das mit sich bringt. Zum Beispiel auch die Gesetze der Scharia, das Misstrauen gegen unseren Rechtsstaat, das Anwenden des islamischen Rechts, wo es möglich ist und das alles ziehen wir konzentriert jetzt an diese Stelle und signalisieren damit, dass der Rechtsstaat in Deutschland auch immer ein Stückchen weiter zurück rutscht.

Denn, wenn wir schauen in die anderen westlichen Städte, dort findet das genauso statt. Der Rechtsstaat greift dort nicht mehr durch und akzeptiert die schleichende Übernahme, das schleichende Rechtsprechen in den durch die Imane, durch die Friedensrichter in den islamischen Gemeinden. Und das möchte ich natürlich in Halle nicht.

So, und dann hatten wir einen Dringlichkeitsantrag zum letzten Stadtrat und der wird hier abgelehnt. Das war von mir voraussehbar, das war für uns voraussehbar, dass dieser Antrag, den wir zu heute gestellt haben, dass der am Ende möglicherweise ins Leere läuft, weil die Stadtverwaltung Tatsachen geschaffen hat. Hinterlistig hat sie uns in die Irre geführt, hat im Prinzip einen Antrag vorbereitet, in den Ausschuss, in den Finanzausschuss gebracht, dort durchstimmen lassen und die Öffentlichkeit der Mitwirkung beraubt.

Und dann lese ich, CDU macht sich stark für die Mitwirkung in der Gesellschaft, macht sich stark, dass die Leute vor Ort befragt werden zu ihren Problemen und das Einzige, was ich

aber dazu noch lese ist, dass sie in die Moschee geht und sich auf den Teppich wirft. Mehr haben Sie nicht gemacht. Sie haben am Ende mit der islamischen Gemeinde gesprochen, aber nicht mit den Menschen, was Sie gefordert haben und Sie hätten an dieser Stelle, zum letzten Stadtrat die Möglichkeit gehabt, das alles zu stoppen, den ganzen Sachverhalt in den Stadtrat zurückzuziehen und dort öffentlich, vernünftig zu diskutieren, ob uns das in der Stadt überhaupt weiterbringt, wenn wir dort eine Moschee errichten lassen.

Und es gibt überhaupt gar kein Recht das jemand hat, von der Stadt unbedingt ein Grundstück zu erwerben. Das muss die Stadt schon verkaufen wollen und offensichtlich wollte die Stadt unbedingt das Grundstück verkaufen, auch heimlich verkaufen, und was die Leute am Ende in Erinnerung behalten werden ist, verdankt die Moschee oder die Stadt verdankt die Moschee der SPD.

Herr Helmich

Würden Sie bitte zum Schluss kommen.

Herr Raue

Am Ende ist Herr Geier Mitglied der SPD und hat diese gesamte sozialdemokratische Inszenierung durchgeführt, an der Stadtgesellschaft vorbei. Und das ist am Ende nicht in Ordnung. Wir wehren uns dagegen und theoretisch könnte ich den Antrag zurückziehen, aber ich gebe es Ihnen einfach, stimmen Sie ihn einfach weg. Fertig.

Herr Helmich

Gut, nur der Hinweis. Einen regulär eingebrachten Antrag nach unserer Geschäftsordnung als hinterlistig zu bezeichnen halte ich für absolut unangemessen, möchte aber jetzt an den Geschäftsordnungsantrag weitergeben, Frau Ranft hat sich zu einem GO-Antrag gemeldet.

Frau Ranft

Das ist der GO-Antrag auf Erledigung. Herr Raue hat es ja selbst gesagt, ich möchte auch noch mal unterstreichen, was Herr Helmich gerade gesagt hat. Es ist hier nichts heimlich passiert, es ist ein ganz normales Verfahren, wie wir es schon mehrfach durchlebt haben und meine Fraktion und die meisten Fraktionen hier im Stadtrat sind auch dafür, dass die Ausübung der Religionsfreiheit, die ist im Grundgesetz und deswegen sind wir dafür und ...

Herr Helmich

Bitte zum Geschäftsordnungsantrag.

Frau Ranft

Ja, und grundsätzlich. Frau Müller, wenn Sie nicht als Vorsitzende agieren, brauchen Sie dem Vorsitzenden auch keine Zeichen geben. Und das habe ich gemacht auf Erledigung und der Antrag ist erledigt, Herr Raue hat selber gesagt am Anfang und ich bitte darüber abzustimmen.

Herr Helmich

Gut, wunderbar. Danke für die Einbringung des Geschäftsordnungsantrags. Gibt es eine Gegenrede? Das macht Herr Heym für die AfD-Fraktion.

Herr Heym

Natürlich kriegen Sie eine Gegenrede von mir. Das Thema mag erledigt sein aber die Stadtgesellschaft hat einen Anspruch darauf zu sehen, wie Sie mit dieser Art Politik, mit diesem Politikstil umgehen und von daher ist mein Appell, stimmen Sie über den Antrag ab, zeigen Sie der Stadtgesellschaft Ihr Gesicht, wie Sie hier mit bestimmten Dingen umgehen, welchen Politikstil Sie für die Stadt hier für richtig halten.

Herr Helmich

Gut, wir haben eine Gegenrede und wir haben weiterhin den Geschäftsordnungsantrag zur Erledigung gehabt. Das heißt, wir haben jetzt auch die Möglichkeit einmal mehr unsere neuen Voting-Geräte zu testen in einem nächsten Wahlverfahren und wir stimmen über den Geschäftsordnungsantrag der Erledigung ab und ich bitte Herrn Stehle die Abstimmung, das Fenster zu öffnen.

Dann würde ich die Abstimmung schließen. 37 Ja-Stimmen, 6 Nein und 2 Enthaltungen. Ich muss meine Kontaktelinsen mal nachschärfen lassen. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen und damit sind wir mit diesem Tagesordnungspunkt durch und ja, das Wort hat einmal die Verwaltung.

Herr Geier

Ja, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Raue. Ich kann natürlich die Ausführungen so nicht stehen lassen und ich möchte auch zum Ausdruck bringen, dass die Vorlage nach den Regularien des Stadtrates eingebracht wurde, dass sie 14 Tage vorher in Session zu sehen war und das bei der Erörterung im Finanzausschuss auch der Vertreter der AfD anwesend war und nachher, in dem weiteren Prozedere, haben wir quasi nicht Tatsachen geschaffen, sondern diesen Beschluss des Finanzausschusses, so, wie in anderen Grundstücksgeschäften auch, umgesetzt.

Zweiter wichtiger Punkt ist, es geht hier nicht um eine Moschee, sondern es geht um ein islamisches Kulturzentrum. Und in diesem islamischen Kulturzentrum findet neben dem kirchlichen Teil noch wesentlich mehr statt, nämlich, dass dort auch Bildung gemacht wird, dass dort Jugendliche sind, dass dort entsprechende Informationen und Qualifikationen gelehrt werden und unterrichtet werden. Und, dass es auch für die Öffentlichkeit offen ist.

Dritter Punkt: Zum Rechtsstaat gehört auch die freie Religionsausübung und in dem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal betonen und auch mich bedanken dafür, dass alle Parteien mit Ausnahme der AfD ihre Solidarität gezeigt haben, auch, weil Sie die CDU angesprochen, auch die CDU und es war auch die CDU Landesministerin da und Bundespolitiker aus der CDU und ich find, in so einer schwierigen Situation, wie sie dort aufgetreten ist, ist es genau das richtige Zeichen dafür. Soviel von mir als persönliche Erklärung.

Herr Helmich

Gut, wir sind trotzdem mit dem Tagesordnungspunkt 9.4 aufgrund des Geschäftsordnungsantrages durch.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Angelegenheit "Entscheidung über den Verkauf des kommunalen Grundstücks Am Meeresbrunnen in der Gemarkung Halle-Neustadt, Flur 04, Flurstück 261 mit einer Größe von 1.934 m²" gemäß § 46 Abs. 2 KVG LSA an sich zu ziehen.

zu 9.5 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Änderung einer Baulast auf dem Grundstück des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle (Saale) Vorlage: VII/2022/03811

Herr Wolter brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass der Antrag als erledigt zu betrachten ist, da das Anliegen bereits auf den Weg gebracht wird. Sie stellte einen entsprechenden Geschäftsordnungsantrag. Dieser wurde mit Patt abgelehnt.

Der Antrag wurde verwiesen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> verwiesen

durch GOA der AfD-Stadtratsfraktion Halle in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung, sowie durch GOA des Oberbürgermeisters in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH darauf hinzuwirken, dass folgender Beschluss gefasst wird:

Der Stadtrat bittet die Stadtverwaltung als Bauaufsichtsbehörde, Die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH leitet unverzüglich ein Verfahren gemäß § 82 BauO LSA einzuleiten mit der Zielstellung, die Anzahl der als Baulast festgeschriebenen Kurzzeitparkplätze im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle (Saale) auf dem Grundstück Mansfelder Straße 56 in 06108 Halle (Saale) von 90 auf 40 zu reduzieren. Die Bauaufsichtsbehörde wird gebeten, den Antrag wohlwollend zu prüfen.

zu 9.6 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Entwicklung von Strategien zur Sicherung der Energie- und Wärmeversorgung in Halle Vorlage: VII/2022/03763

Herr Wels brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein.

Der Antrag wurde verwiesen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch GOA der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung und durch GOA des Oberbürgermeisters in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung beauftragt die Stadtwerke Halle GmbH, eine Strategie zu entwickeln und dem Stadtrat vorzulegen, die eine von russischen Rohstoffressourcen weitestgehend unabhängige Energie- und Wärmeversorgung im halleschen Stadtgebiet garantiert. Die Vorlage des Strategiepapiers durch die Stadtwerke Halle GmbH erfolgt zum Stadtrat Juli 2022.

zu 9.7 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften Vorlage: VII/2022/03764

Herr Dr. Thomas brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein.

Der Antrag wurde verwiesen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch GOA der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung und durch GOA der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit kommunale Wohnungsgesellschaften entsprechend der gesetzlichen Rahmenbedingungen verpflichtet werden können, alle geeigneten Dächer ihrer Immobilien mit Solaranlagen auszustatten. In diesem Zusammenhang ist außerdem zu prüfen, inwieweit und in welcher Form überschüssige Solarenergie in Zukunft gespeichert werden kann. Geprüft wird darüber hinaus, ob sich im halleschen Stadtgebiet Erdwärme zur Erzeugung von Energie nutzen lässt.

Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im Dezember 2022 vorgelegt.

zu 9.8 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Berichterstattung über die Städtebauförderung Vorlage: VII/2022/03774

Herr Dr. Thomas brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein und warb um

Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Helmich bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

40 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, darzulegen:

- die Gründe seitens des Landes Sachsen-Anhalt, die zu einer Ablehnung der Städtebauförderprojekte 2021 führten,
- welche Umsetzungsalternativen es für die 38 Projekte, deren Förderung das Land Sachsen-Anhalt im Rahmen der Städtebauförderung 2021 abgelehnt hat, gibt,
- welche Projekte aus den frei werdenden Kofinanzierungsmitteln ohne F\u00f6rderung realisiert werden k\u00f6nnen bzw. welche Verwendung der Kofinanzierungsmittel alternativ angestrebt wird,
- wie die Folgen des Ausfalls der Städtebauförderung für das komplette Fördergebiet
 "Altstadt/Nördliche Innenstadt" kompensiert werden können,
- die Auswirkungen, die die Ablehnung aller HWS-Anträge zur Sanierung des Trinkwassersystems in der Stadt Halle hat,
- den Projektstand der f
 ür 2020 beantragten Projekte,
- dass die Kofinanzierung der Fördermaßnahme Stadtbad auch ohne die Städtebauförderung 2021 gesichert ist.

zu 10 Mitteilungen

Frau Müller übernahm die Sitzungsleitung.

zu 10.3 Mitteilung zu Steinschüttungen

-Auf Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

Und wir haben eine neue Mitteilung, 10.3, Mitteilung zu den Steinschüttungen und da bekommt Herr Rebenstorf, Herr Geier zuerst?

Herr Bürgermeister Geier

Okay, also, wie gesagt, es gibt hier eine Mitteilung zu den Steinschüttungen, da ist ja in jedem Fall einen Schaden entstanden. Wir haben uns miteinander verständigt, Rat und Verwaltung, dass wir vorinformieren im Hauptausschuss und das wir dann als Verwaltung einen Vorschlag hier im Stadtrat vorlegen und dazu bitte ich dann den Herrn Rebenstorf um Ausführung.

Frau Müller

Vielen Dank. Herr Rebenstorf, bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben Ihnen die kleine Präsentation gestern eingestellt. Ich hoffe, die Zeit hat gereicht sich das anzuschauen. Wir wollen jetzt hier keinen Vortrag halten und durch jede Folie einzeln durchgehen. Herr Schültke, unser Fachbereichsleiter Mobilität ist da, in dessen Fachbereich das Thema bearbeitet wird und falls Fragen Ihrerseits sein sollten, würden wir, also entweder ich oder Herr Schültke, je nachdem, diese beantworten.

Frau Müller, wenn ich nochmal kurz darf. Also falls Ihrerseits noch der Wunsch besteht, dass wir nochmal kurz ausführen dazu, hätte ich, okay gut, dann würde ich, wenn es okay ist, Frau Müller, an Herrn Schültke das Wort geben. Er würde nochmal einen kurzen Abriss, wie unsere Präsentation zu werten ist und insbesondere die letzte Seite, was unser weiteres Vorgehen dann darstellt. Dann Frau Müller, Herr Schültke bitte.

Frau Müller

Okay, wir sorgen jetzt auch gerade dafür, dass das hier dann auch, die letzte Seite der Mitteilung, an die Wand geworfen wird und Herr Schültke, bitte, Sie oder? Das ist jetzt die Frage, wollen wir ihn erstmal nicht vielleicht ausführen lassen und dann?

Frau Ranft

Ich, also wir wundern uns gerade, warum Herr Schültke sozusagen ausführt, er war gar nicht da, wir sehen doch den Beigeordneten in der Verantwortung und würden auch dafür plädieren, dass er jetzt dazu ausführt.

Frau Müller

Frau Ranft, das ist jetzt, das besteht jetzt durchaus auch im Bereich der Möglichkeiten, ich kann das jetzt Herrn Rebenstorf auch nicht befehlen, dass er antworten soll, er hat das gute Recht und insofern würde ich jetzt Herrn Schültke bitten, führen Sie erst mal aus und dann werden wir sehen, ob wir noch Fragen haben. Bitteschön.

Herr Schültke

Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich habe mich sehr intensiv mit der Thematik beschäftigt und auch meine berufliche Vorvergangenheit erlaubt mir dies so vorzunehmen, dass ich Ihnen heute die Haltung und die Konsequenzen des verwaltungsgerichtlichen Beschlusses vor 14 Tagen näherbringen kann.

Die Präsentation, die wir Ihnen zur Verfügung gestellt haben zeigt nochmal die Genese und die wesentlichen Elemente. Das Verwaltungsgericht hat vor zwei Wochen festgestellt, dass es der Auffassung der Stadt Halle folgt, dass die vorgesehenen Maßnahmen der Gewässerunterhaltung dienen und keine Gewässerausbau darstellen und deshalb auch kein Planfeststellungsverfahren notwendig war. Es hat aber auch festgestellt, dass für die geplanten Steinschüttungen entlang der Uferbereiche an den FFH- und Vogelschutzgebieten zuerst gebietsbezogene Verträglichkeitsprüfungen durchzuführen sind. Und für die Steinschüttungen außerhalb der FFH- und Vogelschutzgebiete, dass dafür eine Zulässigkeit gegeben ist und eine Beteiligung der Naturschutzverbände nicht nötig ist. Also, eine generelle Unzulässigkeit der Maßnahmen wurde vom Verwaltungsgericht nicht festgestellt. Die Steinschüttungen sind nach den Vorgaben des Gerichts an den Uferbereichen entlang der FFH- und Vogelschutzgebiet solange zu unterlassen, bis eine Entscheidung über die Zulässigkeit durch die Untere Naturschutzbehörde dann sogenannte vorzunehmenden Abweichungsentscheidung auf der **Basis** der noch Verträglichkeitsprüfungen getroffen wurde und das ist jetzt auch letztendlich der Hauptgrund.

Sie sehen, es geht insgesamt, was die Beschlusslage angeht, um einstmals beschlossene 7724 Meter Ufersicherungen in verschiedenen Abschnitten, das ist die Gesamtlänge, 1926 wurden bisher ausgeführt und 30 Meter Länge davon sind in dem Naturschutzgebiet Peißnitz Nord durchgeführt worden. Alle anderen bereits durchgeführten Maßnahmen sind vollständig außerhalb von benachbarten FFH- oder Vogelschutzgebieten, sodass also da keine Besorgnis gegeben sein muss.

Wir haben die Beschlusslage sehr intensiv geprüft und abgewogen, das haben wir Ihnen auch entsprechend dargestellt, in verschiedenen Varianten diskutiert, und werden jetzt das konkrete Vorgehen nochmal kurz präsentieren. Wir werden die vertragsgemäßen Maßnahmen in den noch zu bearbeiten Abschnitten außerhalb der sensiblen Gebiete fortführen und schlagen vor, dass wir vollständig verzichten auf weitere Maßnahmen, also auch keine Untersuchungen mehr beauftragen, die einen sehr langen Zeitraum in Anspruch nehmen würden in den benachbarten Gebieten entlang der FFH- und Vogelschutzgebiet. Also, im Wesentlichen das, was BUND und Nabu auch kritisiert hatten. Dort, in den sensiblen Bereichen, wollen wir keine weiteren Maßnahmen umsetzen. Das sind die entsprechenden Konsequenzen, die wir seitens der Verwaltung gezogen haben aus dem Verwaltungsgerichtsbeschluss. Vielen Dank.

Frau Müller

Vielen Dank, ich würde Sie bitten, sich noch bereit sollten, ich habe zumindest schon eine Frage und das ist der Herr Dr, Bergner, bitte.

Herr Dr. Bergner

Ich habe jetzt die Schwierigkeiten nicht zu wissen, wie ich die Beschwerde des BUND gegen das Verwaltungsgerichtsurteil einzuordnen habe. Gehen Sie von der Rechtswirksamkeit des Verwaltungsgerichtsurteils aus oder gehen Sie davon aus, dass der Beschwerde des BUND und so weiter zur Aufschiebung führt?

Frau Müller

Da würde Herr Schreyer zu antworten. Bitteschön.

Herr Schrever

Vielen Dank Herr Dr. Bergner. Die Beschwerde an sich hat nach der entsprechenden Verwaltungsgerichtsordnung, die hier Anwendung findet, keine aufschiebende Wirkung. Das heißt, die Stadt kann nach dieser verwaltungsgerichtlichen Entscheidung und unter Berücksichtigung der Parameter, wie sie Ihnen eben dargestellt wurden, weiter verfahren. Nur dann, wenn das Oberverwaltungsgericht, die über die Beschwerde zu entscheiden hätte, einen entsprechenden sogenannten Schiebebeschluss macht, dann wären wir zu einem Stopp gezwungen. Das ist bisher nicht bekannt, der Stadt liegt auch bisher diese Beschwerde nicht vor. Wir haben es auch nur aus der Presse erfahren. Bisher haben wir keinen entsprechenden Posteingang über die Beschwerde, wir wissen also auch nicht, ob sie erstmal nur fristwahrend eingelegt wurde oder ob sie schon begründet wurde. Vielen Dank.

Frau Müller

Dankeschön und Herr Menke.

Herr Menke

Schönen dank, ich habe nach den Ausführungen auch einige Fragen.

Sie haben gesagt, das Gericht hat gesagt, das sind Unterhaltungsmaßnahmen. Da würde mich interessieren: Wer ist grundsätzlich für Unterhaltungsmaßnahmen an Bundeswasserstraßen zuständig? Dann weiter: Welche Kosten fallen an, wenn jetzt diese Maßnahmen gar nicht fortgeführt werden, gibt es da schon Schätzungen? Wer ist dafür

verantwortlich? Und Sie haben gesagt, Sie wollen jetzt in dem Bereich der FFH Gebiete gar nichts mehr machen. Muss ich das so verstehen, dass es auch von vornherein gar nicht nötig gewesen wäre, dort etwas zu machen?

Frau Müller

Gut, ich wähle jetzt mal hier das Verfahren, um jetzt hier keinen zu übergehen, ich gebe das immer zunächst erstmal an Herr Rebenstorf, dass er die Chance hat etwas selbst zu sagen, er kann dann gegebenenfalls an Herrn Schültke verweisen. Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ja, Herr Menke, wir hatten dazu schonmal ausgeführt, wer für den Unterhalt zuständig ist. Grundsätzlich das Wasserstraßenschifffahrtsamt. Es hat aber in diesem Fall eine Abstimmung zur Beseitigung der Flutmaßnahme gegeben, dass die Stadt Halle entsprechend den Antrag stellt und auch ausführt.

Welche Kosten exakt entstanden sind, sind wir noch am Ermitteln. Wer dafür zuständig ist, natürlich die Stadt Halle. Und wollen wir oder wäre in den FFH Gebieten überhaupt notwendig gewesen - wir haben festgestell,t dass die Uferböschungen dort abgebrochen sind und haben es für notwendig erachtet dort ebenfalls eine Reparatur der Steinschüttungen auszuführen, da sie im Bestand dort auch vorhanden waren.

Frau Müller

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Mich würde interessieren, ob der Abschnitt in Planena mit betroffen ist. Planena liegt ja im FFH Gebiet, meiner Kenntnis nach, zumindest zu einem Teil. Und welche Konsequenzen daraus gezogen werden, wenn da jetzt möglicherweise der geschädigte Uferbereich nicht mehr repariert werden soll beziehungsweise mir ist es wichtig, dass dort, und den Anwohnern noch viel mehr, dass der Uferbereich dort trotzdem in Angriff genommen wird. Und da würde ich gerne mal den aktuellen Stand erfragen.

Frau Müller

Frage ich wieder zunächst Herrn Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Herr Schültke, können Sie mal kurz einordnen, welche Bereiche, also grob in der verbalen Beschreibung in Planena FFH sind. Und, wenn ich mich richtig erinnere, einige waren es, glaube ich, nicht gewesen.

Frau Müller

Bitte.

Herr Schültke

Ich gehe davon aus, dass Herr Streckenbach den Abschnitt meint, der ziemlich stark beschädigt ist und relativ nah am Siedlungsbereich sich befindet. Wir gehen davon aus, dass wir da nochmal eine intensive Nachprüfung machen werden, inwiefern dort Reparaturmaßnahmen noch erforderlich sind, das werden wir mit dem Wasserstraßenschifffahrtsamt auch abstimmen und dann zu gegebener Zeit Ihnen nochmal vorlegen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen wären.

Frau Müller

Herr Aldag.

Herr Aldag

Ja, ich möchte vielleicht auch nochmal zuerst kurz vorstellen, Herr Rebenstorf, ich finde es schon ziemlich schwach von Ihnen, dass Sie sich hier zu Anfang hier zurückgezogen haben und hier Herrn Schültke ans Mikrofon schicken und Sie als gewählter Beigeordneter hier nicht Rede und Antwort stehen am Anfang und diese Präsentation vornehmen. Den Einstieg fand ich schon äußerst schwierig, hier nur kurz zu sagen, naja, wer Fragen hat soll was machen, und nicht von vornherein hier, sag ich mal, proaktiv in die ganze Geschichte reingehen und selbstverständlich natürlich Ihre Präsentation hier als gewählter Beigeordneter hier präsentieren. Jetzt antworten Sie auch nur mit Nachdruck, nachdem die Vorsitzende gesagt hat, sie gibt als erstes Ihnen das Wort, ich finde das schon ein schwaches Bild, was Sie heute hier abgeben.

Nichtsdestotrotz ist es eine schwierige Sachlage, wir haben insgesamt eine Maßnahme, die über 7700 Meter geht. 4394 Meter sind außerhalb von FFH Gebieten, das heißt aber, dass insgesamt 3300 Meter dieser Maßnahme in Schutzgebieten stattfinden sollten. Das ist nicht ganz die Hälfte, aber nicht weit dahinter. Und das ist ja der eigentliche Schaden, der entsteht, weil dort, wenn man Ihren Ausführungen folgt, sollen jetzt keine Schüttungen mehr stattfinden, dafür muss man dann Schadensersatz bezahlen, das ist der große Schaden, der entsteht. Das ist misslich, weil dieser Schaden entsteht, weil es einfach von der Stadtverwaltung falsch eingeschätzt wurde, dass man hier anscheinend keine Genehmigung braucht und diese Genehmigung doch jetzt notwendig gewesen wären und die Einbeziehung der Naturschutzverbände. Das ist alles nicht erfolgt.

Deswegen frage ich: Wer übernimmt jetzt die Verantwortung für diesen Schaden? Wer kommt für diesen Schaden auf? Wer übernimmt auch die politische Verantwortung für diesen Schaden?

Und die zweite Frage ist natürlich: Diese 30 Meter, die jetzt im FFH Gebiet an der Nordspitze Peißnitz schon erfolgt sind, auch das ist ja ein großer Schaden. Wer entscheidet denn jetzt, was mit diesen 30 Metern passiert? Und wer kommt letztendlich auch für diesen Schaden auf? Und wer übernimmt auch für diesen Schaden letztendlich die Verantwortung?

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Herr Aldag, um auf Ihren ersten Teil einzugehen: Das ist ein Tagesordnungspunkt, der Mitteilung heißt. Natürlich müssen wir darüber diskutieren. Wir hatten jetzt aber keine Chance gehabt im Ausschuss noch einmal ausführlich darüber zu debattieren, deswegen sind wir jetzt mit diesem Format gekommen. Herr Schültke unterstützt mich an der Stelle und begleitet mich entsprechend, wenn es um Detailfragen dann auch geht, um Ihnen hier möglichst umfassende Antwort zu geben.

Was den Schaden anbelangt, der entstanden ist, wie gesagt, wir sind noch am beziffern, wie hoch der ist. Wir sehen hier durchaus eine Möglichkeit auf den kommunalen Schadensausgleich auf die Versicherung zuzugehen. Das werden wir auch vornehmen mit hoher Wahrscheinlichkeit an dieser Stelle.

Ich kann bloß nochmal ausführen, dass das Projekt sehr lange ging, das es auch vor meiner Zeit bereits eingesetzt hat. Die Entscheidungen, dass keine Prüfungen durchzuführen sind, hat die Untere Naturschutzbehörde bereits 2016 getroffen. Daher ist das Projekt über eine sehr lange Zeit. Ich kann mich an dieser Stelle nur entschuldigen dafür, dass der Verwaltung tatsächlich wohl ein Fehler unterlaufen ist an dieser Stelle und ich kann Ihnen zusichern, dass ich alles dafür tun werde, dass so ein Fall nicht nochmal eintritt, dass wir intern auch

nochmal überprüfen, wo wir gegebenenfalls nachsteuern müssen, um Entscheidungen, wie sie jetzt entstanden sind, dass sowas einfach nicht noch mal passiert. Und ich kann Ihnen zusichern alles zu unternehmen, dass die Schadensminimierung jetzt an oberster Stelle steht.

Das gleiche gilt für die 30 Meter, die in dem FFH Bereich entstanden sind. Hier werden wir uns mit der Unteren Naturschutzbehörde nochmal in Verbindung setzen, ins Benehmen setzen, welche Möglichkeiten dort gesehen werden, um den Eingriff, der dort jetzt entstanden ist, so weit abzumildern, dass er eben nicht mehr als so gravierend wahrgenommen wird, wie es jetzt noch der Fall ist.

Frau Müller

Frau Dr. Brock, ich ordne Sie hinten ran. Wir haben vorher noch ein paar andere Redner. Herr Dr. Thomas zunächst.

Herr Dr. Thomas

Ich bin dem gewissen Professor Brühl-Heide und dem BUND wirklich zu Dank verpflichtet, dass er mit seinen Protesten die Maßnahme rechtzeitig gestoppt hat, bevor noch mehr Schäden entstanden sind. Ich möchte zu Protokoll geben, dass ich die Steinschüttungen nach wie vor für völlig umweltschädlich und inakzeptabel halte und auch eine Fortsetzung dieser Maßnahme auf keine Weise begrüßen werde.

Wir haben ja noch zwei Anträge dazu laufen, ich hoffe, wir kommen da zu einer Beschlussfassung, die das verhindert. Danke.

Frau Müller

Okay, ich möchte jetzt trotzdem darauf hinweisen, wir sind beim Punkt Mitteilungen, wo wir jetzt die Möglichkeit haben Fragen zu beantworten. Also, ich würde das jetzt, mal drum bitten, dass wir es jetzt nicht wieder in Statements ausufern lassen, vielen Dank. Und Herr Menke nochmal.

Herr Menke

Also, erstmal Danke an Herrn Aldag, er hat mir einige Fragen schon vorweggenommen. Nur eine Nachfrage nochmal. Ich hatte um eine Schadensschätzung gebeten und Sie haben dann gesagt, Herr Rebenstorf, die exakte Höhe des Schadens wissen Sie noch nicht. Aber eine Schadensschätzung muss doch schon möglich sein. Sie haben doch eine Vertragssumme, Sie müssen doch so ungefähr wissen, was dabei rauskommt. Eben haben wir gesehen 1500 Euro pro Tag Stillstandskosten, da muss man ja nur überlegen, wie viele Tage sind das, dann hat man schon mal einen Betrag.

Und darüber hinaus heißt es ja, dass diese ganzen Kosten nicht förderfähig sind, haben wir eben gehört von Herrn Schültke, das muss ja mal irgendwo ermittelt worden sein, so jedenfalls grob. Ja, sonst können Sie ja den kommunalen Schadensausgleich, für dessen Eintrittspflicht ich großen Zweifel habe, auch gar nichts mitteilen. Also, eine grobe Zahl müssen Sie doch haben. Reden wir über 100 Tausend, 200 Tausend oder 5 Tausend?

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Herr Schültke, könnten Sie die Zahlen noch mal nennen, die wir vor einigen Tagen mal grob überschlagen haben, ob das noch dabei bleibt, was wir besprochen haben.

Frau Müller

Herr Schültke, bitte.

Herr Schültke

Ja, wir haben die verschiedenen Varianten durchdekliniert und versucht anhand der bestehenden Vertragssituation eine grobe Bewertung vornehmen zu können. Ich möchte hier ganz bewusst, jetzt auch nicht in der Öffentlichkeit, eine hinreichend annähernd konkrete Zahl nennen, sondern die, das, was hier im Text auch ganz bewusst so formuliert ist, nochmal wiederholen: Im Falle der Situation, dass wir alles abbrechen werden, werden wir mit Sicherheit eine sehr, sehr hohe sechsstellige Schadenssumme erreichen durch Vertragsnichterfüllung. Wenn wir den Weg gehen, den wir beschrieben haben als konkretes weiteres Vorgehen, dann wird es am Ende eine Verhandlungssache zwischen Unternehmer und Verwaltung sein, welche Maßnahmen entsprechend durchschlagen bei der tatsächlichen Ermittlung der Kosten. Aber das wird sicherlich in einem sehr, sehr niedrigen sechsstelligen Bereich sich bewegen.

Frau Müller

Vielen Dank und Herr Feigl.

Herr Feigl

Dankeschön. Es gibt einerseits den monetären Schaden, der entstanden ist oder der noch weiter entstehen könnte. Es gibt natürlich auch den Schaden, der bei den schon ausgeführten Maßnahmen und bei weiteren Maßnahmen am Naturraum der Stadt passieren kann und passiert ist. Und, wenn solche Maßnahmen durchgeführt werden, dann ist ja sozusagen als Grundlage gesetzt, was erreichen wir eigentlich damit, mit dem was wir machen. Und da würde ich ganz gerne nochmal klare Aussagen von der Verwaltung haben, mit welchem Ziel denn die weiteren Maßnahmen noch durchgeführt werden sollen. Also, mit welchen, also was, was haben wir als Stadt als einen Mehrwert da oder ist es eventuell aus dieser Zwangslage, in der wir uns jetzt, in dieser finanziellen Zwangslage, in der wir uns befinden, ist es nur noch Schadensbegrenzung finanzieller Art und die anderen Schäden nehmen wir dann einfach billigend in Kauf?

Ich danke auch Herrn Menke nochmal für die Frage, die, glaube ich, noch nicht beantwortet ist. Also, einerseits an den Teilen, wo Naturschutzgebiete oder wo Schutzgebiete sich befinden: Kann man drauf verzichten? Da ist dann offensichtlich kein Flutschaden entstanden, währenddessen bei den anderen das notwendig ist, dass man mit ziemlich großem Aufwand Reparaturen ausführen kann. Also, da ist keine Logik drin so richtig, wenn man das sozusagen auseinanderdividiert.

Und ich möchte an dieser Stelle vielleicht auch noch mal darauf hinweisen, dass es ja bei der ersten Diskussion schon, ja, diese Diskussion gab, also: Was haben wir eigentlich beschlossen? Also, wie genau war die Datenlage, die dem Rat damals vorgelegt wurde, wie waren die Aussagen der Verwaltung damals, nämlich ganz andere. Da ging es nämlich nicht um eine durchgängige Steinschüttung entlang des gesamten Stadtgebietes, sondern es ging explizit um punktuelle Reparaturen, nämlich genau nur da, wo größere Ausspülungen sind.

Frau Müller

Herr Feigl, darf ich Sie auch bitten, nicht Statements zu halten.

Herr Feial

Nein, nein, das fügt sich alles aneinander.

Also, von daher noch mal meine explizite Nachfrage: Also, welche Wirkung soll erlangt werden, wenn weitergemacht wird? Und dann auch ganz konkret noch mal: Wann sollen nach Ihrer Vorstellung die Arbeiten weitergehen? Und wird vorher noch mal, es sind ja zwei Anträge noch im Laufen, diese müssten ja im Grunde genommen noch behandelt werden.

weil wir haben darauf vertraut, dass Sie gesagt haben, bis zu einer Entscheidung setzen wir alle Maßnahmen aus, haben wir auch unsere Anträge zurückgestellt. Und ich glaube, jetzt einfach weiter zuschütten, würde dann auch diesen Anträgen zu wider laufen. Also, wir erwarten hier eigentlich vorher noch mal eine Befassung im Rat, bevor die Arbeiten weiter ausgeführt werden. Danke.

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Herr Feigl, um nochmal darauf einzugehen, was wir ausgeführt haben und was Gegenstand der Beschlussvorlage war. Da hatten wir im letzten Jahr schon ausgeführt, dass wir nach wie vor die Arbeiten, wie wir sie umsetzen, durch den Ratsbeschluss gedeckt sehen, unabhängig jetzt mal davon, wie das Gericht entschieden hat.

Welches Ziel, sollten weitere verfolgt werden, wenn weitergebaut wird. Das Ziel ging ja aus der Beschlussvorlage hervor: Die Sicherung der Uferböschung, die durch das Hochwasser durch gutachterliche Untersetzung einen Schaden genommen hat.

Wenn wir jetzt in den Bereichen, die das Gericht für unproblematisch angesehen hat, weiter ausführen, bewegen wir uns immer noch im Rahmen dessen, was wir auch durch den Stadtratsbeschluss gedeckt sehen, sprich die Ufersicherung. Wenn wir im Bereich der FFH Gebiete nicht weiter ausführen und da auch später nicht, wie auch immer geartet, zu der Erkenntnis kommen dort tatsächlich nochmal tätig zu werden, müssen wir halt in Kauf nehmen, dass dort Uferbereiche beim nächsten Hochwasser wieder abbrechen können.

Was die Zeitschiene anbelangt für die Umsetzung: Wir haben gesagt, bis das Gericht entschieden hat, führen wir nicht weiter aus. Das Gericht hat jetzt entschieden. Herr Schültke hat vorhin dargestellt, das ist auch die Folie, die jetzt noch an der Wand ist, was die Konsequenz für uns daraus ist, und wir würden jetzt mit der Firma abstimmen, wie die Zeitschiene aussehen könnte, um die Arbeiten wiederaufzunehmen.

Frau Müller

Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Herr Rebenstorf, das reicht mir nicht. Also, ich geh jetzt mal als einfache Bürgerin und nicht als Fachpolitikerin hier ans Mikrofon: Mir blutet das Herz jedes Mal, wenn ich an der Saale entlanglaufe oder Fahrrad fahre, wie das dort in vielen Abschnitten jetzt aussieht.

Und Sie wollen uns ernsthaft sagen, dass Sie morgen, gegenüber vom Stadthafen steht das Gerät, dass Sie morgen anfangen diese Katastrophe weiterzumachen und nicht abwarten, bis wir hier im Stadtrat eine neue Entscheidungen treffen, die vielleicht viel sinnvoller ist und eben den Schaden an der Natur und an unserer, sag ich mal, an unserem Aushängeschild der Stadt, wir haben gerade im Stadtmarketing Konzepte zum Tourismus am Fluss entworfen und dann wollen Sie diese ästhetische und naturschutzrechtliche Katastrophe weiter ausführen lassen? Das kann doch nicht Ihr ernst sein.

Also, fangen Sie jetzt tatsächlich morgen an, dort weiterzumachen? Das kann nicht sein.

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Frau Dr. Brock, wir haben Ihnen hier eine rechtliche Würdigung gegeben, was das Urteil für Konsequenzen hat und wir befinden uns für die Teile, die das Gericht als unbedenklich eingestuft hat immer noch auf der Schiene, dass wir einen bestehenden Stadtratsbeschluss haben, in dem die Verwaltung auch weiter umsetzen kann, beziehungsweise umsetzen muss.

Frau Müller

Herr Schied.

Herr Schied

Also, um das Mal auseinander zu dröseln, das sind ja hier zwei Bereiche. Gerichtlich ist festgestellt worden, dass die Steinschüttungen in den FFH Gebieten, dass da erstmal ein paar Untersuchungen noch vorzunehmen sind, bevor man darauf macht oder nicht. Es gibt aber noch den anderen Punkt und das macht mich ein bisschen sauer. Wenn ich hier lese: Wiederaufnahme der vertragsgemäßen Maßnahmen. Dann frage ich mich: Was sind die vertragsgemäßen Maßnahmen eigentlich gewesen? Und wenn Sie sagen, es wird nach dem Stadtratsbeschluss vorgegangen, dann sage ich, das ist nicht der Stadtratsbeschluss gewesen. Wir haben nicht beschlossen, dass dort großflächig überall in dieser Dimension Steine geschüttet werden.

Ich kann Ihnen das aus dem Protokoll nochmal vorlesen, Herr Feigl hat es sich ja sogar noch mal angehört gehabt, damals das Protokoll und wörtlich. Wir haben damals, es ging damals um eine Uferbefestigung nur an den Stellen, wo es zu Ausspülungen gekommen ist. Der Eingriff ist somit minimiert und wird von der Wasserseite ausgeführt. Also minimiert und dort, wo es zu Ausspülungen gekommen ist. Aber was dort jetzt an den anderen Stellen, die, also die nicht in den FFH Gebieten passiert, ist nicht das, was wir beschlossen haben.

Und auch, wenn ich mir den Plan angucke und den großziehe, dann sehe ich, dass da nur einzelne Teilbereiche eingezogen sind und nicht das, was da jetzt passiert ist. Und da frage ich mich: Soll das jetzt so weitergeführt werden? Also, das ist nicht der Stadtratsbeschluss gewesen.

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Herr Schied, da hatten wir auch schon im letzten Jahr rüber diskutiert. Wir hatten die Skizzen auch nochmal an die Wand geworfen. Es gab Signaturen mit Kreuzen, die dann aber mehrere Kreuze hintereinander waren. Es ist eine Liniensignatur auch erkennbar gewesen an der Stelle. Daraufhin haben wir auch hingewiesen, dass es nicht darum geht einzelne Steine auszutauschen. Das ist bei einer losen Schüttung so auch gar nicht machbar, anders als beim klassischen Mauerwerksverband mit richtigen Fugen, sondern es können auch linienförmige Reparaturen sein, die entsprechend ausgeführt werden.

Frau Müller

So, ich habe jetzt einen Geschäftsordnungsantrag von Frau Dr. Brock gesehen, bitteschön.

Frau Dr. Brock

Ich beantrage zehn Minuten Auszeit, damit die Fraktionsvorsitzenden und andere sich darüber verständigen können, ob wir noch irgendeine Chance haben hier handelnd einzugreifen.

Frau Müller

Naja, da würde ich mich jetzt aber zumindest mal kurz rückversichern wollen, weil wir sind hier beim TOP Mitteilung, da ist jetzt generell die Frage, selbst wenn sich jetzt hier alle verständigen, wie man beim TOP Mitteilungen jetzt hier an irgendeiner Stelle eingreifen soll. Also, ich würde jetzt mal Herrn Schreyer bitten, dass er das vielleicht mal ausführen kann.

Herr Schreyer

Ich würde mich jetzt mal auf das, was Frau Dr. Brock möchte, beschränken. Sie beantragt eine Auszeit. Das kann sie als Fraktion tun und insoweit sollten wir dann sehen, was diese Auszeit als Ergebnis nach sich zieht. Letztendlich ist es tatsächlich so, Anträge, Beratungen, Beschlussfassungen können zu dem jetzigen Zeitpunkt natürlich für diese heutige Stadtratssitzung nicht erfolgen.

Frau Müller

Gut, dann halte ich jetzt trotzdem mal fest, es ist nicht sinnlos sich mal zehn Minuten zu verständigen und dann gehen wir jetzt in eine ...

-Zwischenrufe-

Frau Müller

Es wurde eine zehnminütige Auszeit beantragt, die ist nicht illegitim, die befürworte ich jetzt oder genehmige ich jetzt. Bitte finden Sie sich zehn Minuten lang zusammen und wir machen um 18:45 Uhr weiter.

Die Sitzung wurde unterbrochen.

Frau Müller

So und damit ich jetzt hier so halbwegs einen Fahrplan habe, wie ich jetzt hier weitermachen soll, würde ich darum bitten, dass mir mal jemand das Ergebnis des, Herr Bürgermeister, bitte.

Herr Bürgermeister Geier

Danke, Frau Vorsitzende. Also, zwei Punkte aus der Unterbrechung der Sitzung, nämlich der Punkt 1, dass auch der Herr Rebenstorf erklärt hat, das seine Aussagen nicht so zu verstehen sind, als das sofort weiter geschüttet wird. Und Punkt 2, dass wir innerhalb kürzester Zeit, spätestens der nächsten fünf Arbeitstage, zu einer Sonderfraktionssitzung zusammenkommen, plus Fachpolitiker und dass man dann dieses Thema intensiv und abschließend weiter diskutieren kann. Das Ganze würde ich terminlich organisieren und übernehmen, ist klar.

Frau Müller

Vielen Dank. Gibt es dann jetzt noch Fragen dazu? Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Vielen Dank. Bei den Ausführungen hier sind ja im Grunde die Auswirkungen dieses Urteils maßgeblich. Nun habe ich der Presse entnommen, dass der Umweltverband mit dem Urteil nicht zufrieden ist und da irgendwo nochmal anstrebt eine Änderung herbeizuführen. Ist das in den Überlegungen der Verwaltung mit enthalten? Gibt es da schon Szenarien? Wenn ja, welche Auswirkungen wird das auf das Vorhaben und auch finanziell haben?

Und dann wollte ich noch was sagen. Man kann und soll in der Politik immer über Verantwortung sprechen. Ich hoffe, die Maßstäbe, die man dann hier anlegt und vehement vertritt, legt man auch in den eigenen Reihen an. Da fehlt mir ein Haarteil und Spiegel.

Frau Müller

Herr Rebenstorf, möchten Sie dazu noch mal was sagen?

Herr Rebenstorf

Ja, es gab in unserer Präsentation eine Variante, wo wir dargestellt haben, was passieren würde, wenn die Maßnahme gesamt abgebrochen wird. Das ist im Grunde genommen das, was der BUND mit seinem Widerspruch, der Klage, erreichen möchte. Da würde ich jetzt einfach nochmal darauf verweisen.

Frau Müller

Okay, danke. So, dann haben wir keine weiteren Fragen zu dieser Mitteilung.

-Ende Wortprotokoll-

zu 10.4 Herr Dr. Wend zur Übergabe der Resolution Schulsozialarbeit

Herr Dr. Wend informierte darüber, dass er und Frau Gellert die Resolution zur Schulsozialarbeit am vergangenen Freitag im Landtag der Petitionskommission überreicht haben. Es waren hallesche Schulsozialarbeiter und die Sozialbeigeordnete aus Magdeburg zugegen, sowie Vertreter der Fraktionen DIE LINKE, SPD und CDU. Die Resolution ist wohlwollend aufgenommen wurden. Es wurde gesagt, dass die Problematik erkannt wurde und man bemüht ist hier zu unterstützen. Die Finanzierung ist aber weiterhin schwierig, eine Einigung wurde noch nicht erzielt.

zu 11 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 11.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Patenschaften über Bänke

Vorlage: VII/2022/03654

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Beförderungen in der Stadtverwaltung

Vorlage: VII/2022/03643

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu

hochwassergefährdeten Objekten Vorlage: VII/2022/03776

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

zu 11.4 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu

Liebesschlössern Vorlage: VII/2022/03777

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu

Städtepartnerschaftsjubiläen Vorlage: VII/2022/03779

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Nutzflächen

Vorlage: VII/2022/03780

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

zu 11.7 Anfrage der CDU-Fraktion zur Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden

Ausschüsse aus der Stadtratssitzung vom 22.12.2021

Vorlage: VII/2022/03787

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.8 Anfrage der CDU-Fraktion zur Umsetzung der Parkgebührenordnung der

Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2022/03788

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.9 Anfrage der CDU-Fraktion zur Haushaltsgenehmigung durch die

Kommunalaufsicht Vorlage: VII/2022/03791

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.10 Anfrage der CDU-Fraktion zum Bau eines Radweges entlang der

Bahnstrecke am Rosengarten Vorlage: VII/2022/03792

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.11 Anfrage der CDU-Fraktion zur Wirkung der Haushaltssperre 2021 Vorlage: VII/2022/03794

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

zu 11.12 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu

Ersatzpflanzungen von Bäumen Vorlage: VII/2022/03647

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.13 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Nutzungen

im Gewerbegebiet Halle-Ost Vorlage: VII/2022/03790

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.14 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur

Vollendung des Rundweges um den Hufeisensee

Vorlage: VII/2022/03793

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.15 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur

Kriminalitätsentwicklung (insbesondere Raubstraftaten) in der Stadt Halle

(Saale)

Vorlage: VII/2022/03796

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.16 Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zu Instrumenten der

Bürgerbeteiligung, Haushaltstransparenz und Demokratieförderung, insbesondere dem Bürgerbudget

Vorlage: VII/2022/03797

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.17 Anfrage der Stadträtin Claudia Schmidt (CDU-Fraktion) zur

Personalsituation und zum baulichen Zustand der Wolfgang-Borchert-

Grundschule (zukünftig: Offried-Preußler-Grundschule)

Vorlage: VII/2022/03798

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Entwicklung des

Baumbestandes an Straßen, auf Grünflächen und städtischen Friedhöfen in

2021

Vorlage: VII/2022/03568

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

zu 11.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bestand an

Wohnungen für Familien mit mehr als zwei Kindern

Vorlage: VII/2022/03813

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Wohnungsbestand der

städtischen Wohnungsunternehmen

Vorlage: VII/2022/03817

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

zu 11.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Vorhaben Geh- und

Radwegbau Waldstraße

Vorlage: VII/2022/03821

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.22 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Bewohnerparken Vorlage: VII/2022/03812

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.23 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Mietspiegel Vorlage: VII/2022/03814

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.24 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Abschlepp-Praxis in den Jahren 2019-2021 Vorlage: VII/2022/03815

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.25 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Abteilung Einreise und Aufenthalt Vorlage: VII/2022/03818

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.26 Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses GRW- Maßnahme Salinebrücke (VII/2019/00429) Vorlage: VII/2022/03765

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.27 Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Kontrollmaßnahmen in Bussen und Straßenbahnen der HAVAG Vorlage: VII/2022/03768

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.28 Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Erschließung eines potentiellen Industriegebietes

Vorlage: VII/2022/03767

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.29 Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu den Folgen der Aktualisierung einer Konsultationsvereinbarung zwischen Bund und Land Sachsen-Anhalt für die Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2022/03775

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.30 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Personalsituation im Fachbereich Mobilität Vorlage: VII/2022/03658

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.31 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Schorre – hier: Nachfrage zur Anfrage in der Stadtratssitzung am 23.02.2022

Vorlage: VII/2022/03799

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.32 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Förderprogramm Stadt und

Land

Vorlage: VII/2022/03801

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.33 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Arbeitszeiterfassung bei

der Berufsfeuerwehr Vorlage: VII/2022/03800

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.34 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Aktivitäten mit den halleschen Partnerstädten in Zeiten von Corona – hier: Nachfrage zur

Anfrage in der Stadtratssitzung am 26.01.2022

Vorlage: VII/2022/03803

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Umsetzungsstand zur zu 11.35 Erstellung einer Konzeption zur Nutzung und Vermarktung von

Brachflächen - hier: Nachfrage zur Anfrage in der Stadtratssitzung am

23.02.2022

Vorlage: VII/2022/03804

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.36 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beleuchtung in der

Waldstraße

Vorlage: VII/2022/03805

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.37 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Stand der

Schuleingangsuntersuchungen in Pandemiezeiten

Vorlage: VII/2022/03806

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.38 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bericht zum

Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption

Vorlage: VII/2022/03807

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Spielplatz Mötzlicher zu 11.39

> Straße in Halle-Trotha Vorlage: VII/2022/03808

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.40 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Stand des Projektes

Mobilitätshelfer

Vorlage: VII/2022/03809

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.41 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Besitzverhältnissen der

Haltestellen

Vorlage: VII/2022/03810

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.42 Frau Ranft zum Sendemastbedarf in Dölau

Frau Ranft sagte, dass es in Dölau einen Bedarf für einen Sendemast gibt. Sie fragte nach dem aktuellen Stand.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.43 Herr Aldag zur Stellplatzsatzung

Herr Aldag fragte nach dem Stand der Überarbeitung der Stellplatzsatzung.

Herr Rebenstorf antwortete, darüber in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses zu informieren.

zu 11.44 Herr Aldag zum Radweg in Wörmlitz

Herr Aldag sagte, aus der Presse entnommen zu haben, dass der jetzige Radweg in Wörmlitz entlang der Saale eine offizielle Nebenroute des Saaleradweges wäre. Er fragte, wo dies niedergeschrieben ist und warum in der Antragsstellung der Fluthilfemaßnahme die Maßnahme nicht "Wiederherstellung der Nebenstrecke des Saaleradweges" heißt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Saaleradweg eingezeichnet ist. Die Unterscheidung zu Haupt- und Nebenroute würde er prüfen und schriftlich antworten.

zu 11.45 Herr Aldag zur Entfernung von Aufklebern an Laternen auf der Peißnitzinsel

Herr Aldag sagte, dass an den Laternen auf der Peißnitzinsel die Aufkleber entfernt wurden. Die Reste liegen auf dem Boden. Er fragte, ob dies eine Maßnahme der Verwaltung oder EVH war oder jemand fremdes die Aufkleber entfernt hat.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.46 Herr Krause zur steuerfreien Coronaprämie im Eigenbetrieb Kindertagesstätten

Herr Krause sagte, dass es im Jahr 2020 die Möglichkeit gab, eine steuerfreie Corona Prämie auszureichen. Diese Regelung läuft im Juni 2022 aus. Er fragte, ob die Erzieherinnen und Erzieher im Eigenbetrieb Kindertagesstätten von der Prämie partizipiert haben.

Frau Brederlow antwortete, dass der Leiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten für das Anliegen zuständig ist. Sie sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.47 Frau Krischok zu Standgebühren der Eiscafès auf dem Marktplatz

Frau Krischok fragte, ob die beiden Eiscafés auf dem Marktplatz für dieses Jahr Gebühren für die Aufstellung ihrer Eiswagen bezahlen. Bisher gab es dazu keine rechtliche Grundlage aus der Sondernutzungsgebührensatzung, der Stadt entgegen somit Einnahmen für Sondernutzungen.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.48 Herr Feigl zum B-Plan Merseburger Straße / Huttenstraße / Liebenauer Straße

Herr Feigl sagte, dass beim Bebauungsplanverfahren Merseburger Straße / Huttenstraße / Liebenauer Straße großflächig Grün entfernt wurde. Bürgerbeschwerden sollten der Verwaltung bekannt sein. Er sagte, dass es keine Genehmigungen für die Maßnahmen gibt und fragte, ob hier Sanktionen drohen.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Maßnahmen nicht im Zusammenhang mit dem Bebauungsplanverfahren stehen, es klingt eher nach temporären Zwischennutzungen. Er sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.49 Herr Schied zum Bürgerportal "Sags uns einfach"

Herr Schied fragte, wann das Portal "Sag's uns einfach" wieder funktionieren wird.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass das Personal für die Bearbeitung der Anfragen derzeit nicht verfügbar ist und daher das Portal nicht in Betrieb ist.

zu 11.50 Herr Schied zu mobilen Fahrradabstellanlagen

Herr Schied sagte, dass beim stattgefundenen Street Food Festival auf der Peißnitz Fahrradabstellanlagen gefehlt haben. Er fragte, ob der Veranstalter dafür Sorge tragen hätte müssen.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.51 Herr Schied zu Bankpatenschaften

Herr Schied sagte, dass auf der städtischen Internetseite keine Informationen zu möglichen Bankpatenschaften gegeben werden. Er fragte, warum dies nicht möglich ist. Finanzielle Gründe dürfte es hierbei nicht geben.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Bereitstellung eines Links möglich ist. Es ist nur finanziell nicht möglich Flyer zu erstellen oder Informationsveranstaltungen durchzuführen.

zu 11.52 Herr Streckenbach zur Wegeanbindung Sportplatz Radewell/Ammendorf

Herr Streckenbach sagte, dass sich der SV Grün-Weiß Ammendorf für eine bessere Wegeanbindung vom Sportplatz im Gewerbegebiet Radewell in Richtung Heimstättensiedlung bemüht, da dort viele Mitglieder des Vereins wohnen. Der Verein steht mit der Verwaltung in Kontakt, allein ein Weg von 90 Metern stellt ein Problem dar. Er fragte, wie der Verein unterstützt werden kann.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Weg zugewachsen ist und mit aufgeschütteten Materialien versperrt ist. Der Vorgang wird bereits geprüft hinsichtlich Aufwand und Nutzen. Zum jetzigen Stand sollen Sponsoringmittel eingeworben werden.

zu 11.53 Herr Streckenbach zum Schulweg Grundschule Radewell

Herr Streckenbach sagte, dass der offiziell ausgewiesene Schulweg zur Grundschule Radewell über die Alfred-Reinhardt-Straße und die Regensburger Straße führt. Dies ist hoch

gefährlich. Die Kinder nutzen einen alternativen Weg über den Dachsweg und die John-Schehr-Straße, welche nicht beleuchtet sind. Er fragte, ob hier eine Beleuchtung möglich ist.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.54 Frau Schmidt zur Terminvergabe im Einwohnermeldeamt

Frau Schmidt sagte, dass die Wartezeit zur Terminvergabe im Einwohnermeldeamt sehr lang ist. Sie fragte, wann es Besserungen gibt und ob / wann die Online-Terminvergabe wieder möglich sein wird.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass durch coronabedingte Arbeiten nur die Hälfe der vorhandenen Arbeitsplätze besetzbar sind. Er sagte eine Prüfung zu, inwieweit die Einführung des Online-Terminvergabe-Systems möglich ist, dabei 80 Prozent Terminvergabe und 20 Prozent für Akutfälle. So war das Verfahren bereits vor Corona.

zu 11.55 Herr Scholtyssek zum TOP 11.7

Herr Scholtyssek bezog sich auf die Antwort der Verwaltung zum Tagesordnungspunkt 11.7 und sagte, dass die Verwaltung einen Antrag seiner Fraktion zu E-Scootern wegen Nichtumsetzbarkeit gestrichen hat. Er sagte, dass diesbezüglich auch eine Information an die Fraktion hätte erfolgen müssen.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass es eine Änderung der Rechtsauslegung bezüglich der E-Scooter gibt. Die Verwaltung hat die jeweiligen Anbieter angeschrieben mit der Bitte um Konzeptvorlage entsprechend der neuen Rechtslage. Daher ist ein Punkt des Antrages nicht umsetzbar.

zu 11.56 Herr Scholtyssek zu Baumfällungen in der Leuchtturmsiedlung

Herr Scholtyssek sagte, dass im letzten Jahr sehr viele Bäume in der Leuchtturmsiedlung gefällt wurden. Die Baumstämme liegen noch immer da. Er fragte, wann ein Abtransport derer erfolgen wird.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.57 Frau Winkler zu Mitteln zur Durchführung des Zensus

Frau Winkler fragte, ob die zur Verfügung gestellte Finanzierung ausreichend ist, um den Zensus für Halle (Saale) durchzuführen und wenn nein, wie groß der Zuschussbedarf ist.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.58 Herr Wend zur Grundschule Otfried Preußler

Herr Dr. Wend fragte nach dem finanziellen Rahmen für die Sanierung der Grundschule Otfried Preußler.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass zuerst festzustellen ist, welche Reparaturen am dringendsten sind. Die Behebung erfolgt nach Priorität. Die Thematik wird im Bildungsausschuss erörtert.

zu 11.59 Herr Schachtschneider zur Sporthalle am Bildungszentrum

Herr Schachtschneider fragte, wann der Schul- und Vereinssport in der Sporthalle am Bildungszentrum wieder möglich sein wird. Die Halle sei soweit beräumt hinsichtlich Aufnahmezentrum für ukrainische Flüchtlinge.

Frau Dr. Marquardt sagte eine Prüfung zu. Ihrer Kenntnis nach mussten nur Matten beräumt werden und eine Grundreinigung durchgeführt werden.

zu 11.60 Herr Schachtschneider zur Sozialarbeit in der Notunterkunft im Bildungszentrum

Herr Schachtschneider fragte bezüglich Besetzung der Sozialarbeiterstellen durch das DRK, ob die Stellen durch entsprechende Fachkräfte besetzt sind.

Herr Paulsen bejahte dies.

zu 11.61 Frau Jacobi zur Schallemission bei Spontanpartys

Frau Jacobi sagte, dass die Grenzwerte bezüglich Schallemission von Spontanpartys neu festgelegt wurden. Sie fragte, welches Ziel damit verfolgt wird und warum nicht die Messkriterien der Bundesverordnung zur Anwendung kommen.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.62 Herr Wolter zur Aufnahmestelle "Kulturtreff" für ukrainischer Flüchtlinge

Herr Wolter sagte, dass die Fraktionen und die Verwaltung ein Schreiben eines Bürgers mit Hinweisen zur Aufnahmestelle für ukrainische Flüchtlinge erhalten habe. Er fragte, welche Möglichkeiten es gibt Dolmetscher einzusetzen und weswegen Prozesse (Fingerabdruck, Fotos, persönliche Datenangabe) vermehrt wiederholt werden.

Herr Paulsen sagte, dass die Verwaltung bereits mit dem Einwohner in Kontakt steht. Es gibt hinsichtlich einer Punkte unterschiedliche Auffassungen. Im Kulturtreff wurden drei Verwaltungsabteilungen zusammengelegt, sodass die ukrainischen Flüchtlinge alles an einem Standort zentral vorfinden und keine weiten Wege zu absolvieren haben. Die wiederholte Angabe von Daten resultiert aus dem Spektrum der verschiedenen Antragstellungen. Er sagte, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sprachliche Barrieren lösen können und es keiner Sprachbegleiter bedarf. Die Verwaltung ist durchaus geübt mit Antragstellern unterschiedlicher Nationalitäten zu kommunizieren.

zu 12 Anregungen

zu 12.1 Anregung des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)) zur Vermeidung der Vermüllung in Halle-Neustadt Vorlage: VII/2022/03781

Herr Lange regt an, dass die Stadtverwaltung eine Strategie gegen die zunehmende Vermüllung in Halle-Neustadt und zur Beseitigung des Mülls in öffentlichen Grünanlagen erstellt. Hierzu können die Stadtwirtschaft, die Wohnungswirtschaft, aber auch Institutionen wie Vereine, Kindertagesstätten und Schulen einbezogen werden. Vorstellbar ist beispielsweise ein systematisches Beräumen der Wohnkomplexe und Parkanlagen in Kombination von organisierter freiwilliger Arbeit mit den Kapazitäten des Grünflächenamts und der Stadtwirtschaft.

zu 12.2 Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Verteilung von Notfalldosen Vorlage: VII/2022/03819

Einige Kommunen in Deutschland – darunter unsere Nachbarstadt Leipzig – verteilen seit einiger Zeit kostenfrei sogenannte Notfalldosen oder unterstützen deren Verteilung.

Das Prinzip der Notfalldose ist einfach. Es handelt sich dabei um einen kleinen Plastikbehälter, in dem wichtige Gesundheitsinformationen gesammelt werden. Bürger*innen füllen ein als Bestandteil der Notfalldose enthaltenes Infoblatt aus und stecken das Blatt in die Dose. Erfasst werden darauf notwendige Auskünfte über chronische Erkrankungen, Allergien, benötigte Medikamente oder Implantate, die bei einer Notfallbehandlung entscheidend sein können und die von Betroffenen oder Angehörigen im Notfall oftmals nicht gegeben werden können. Auch zusätzliche Informationen wie Medikamentenpläne und Rufnummern von Kontaktpersonen oder behandelnden Ärzt*innen können in der Dose hinterlegt werden. Gelagert wird die Notfalldose in der Kühlschranktür. Ebenfalls Bestandteil der Notfalldose sind Hinweis-Aufkleber, die an der Innenseite der Wohnungstür sowie am Kühlschrank angebracht werden und die Rettungskräfte im Bedarfsfall über das Vorhandensein einer solchen Notfalldose informieren.

Die Fraktion MitBürger & Die PARTEI regt an, dass sich die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Seniorenbeauftragten, dem Seniorenbeirat, Apothekenverbänden sowie Vereinen und Verbänden der Wohlfahrtspflege über die Möglichkeiten der Verteilung von Notfalldosen und deren Finanzierung austauschen und ein System zur Verteilung entwickeln.

zu 12.3 Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Verfahren bei der Erstellung eines neuen qualifizierten Mietspiegels

Vorlage: VII/2022/03820

In zwei bzw. spätestens vier Jahren ist ein qualifizierter Mietspiegel neu zu erstellen. Die **Fraktion MitBürger & Die PARTEI** regt an, dass die Rahmenbedingungen für die Neuerstellung des qualifizierten Mietspiegels zuvor am "Runden Tisch Wohnen" gründlich diskutiert werden.

Dazu sind z.B. folgende Punkte zu klären:

- Wer soll den Mietspiegel erstellen die Stadtverwaltung selbst oder eine externe Firma?
- Welche Form eines qualifizierten Mietspiegels ist für die Bedingungen der Stadt Halle (Saale) am besten geeignet ein Regressions- oder ein Tabellenmietspiegel?
- Welche Berechnungs-/Regressionsmodelle sind zu bevorzugen, um eine sachgerechte Bestimmung der ortsüblichen Vergleichsmiete zu gewährleisten?
- Welchen Qualitätskriterien soll der Mietspiegel mindestens genügen?

Die Ergebnisse der Meinungsbildung sollen dem Stadtrat schriftlich übermittelt und für den Fall der Ausschreibung für eine externe Vergabe dort berücksichtigt werden.

zu 12.4 Anregung der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum FaktenCheck Bildung Vorlage: VII/2022/03770

Dem Jugendhilfeausschuss wurde am 15.02.2022 der neue FaktenCheck Bildung vorgestellt. Im Segment "Bildungsergebnisse" in der Nummer 070 des Dokuments ist die Anzahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger in absoluten Zahlen erfasst.

Die Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER regt an, dass zukünftig im Faktencheck Bildung neben den absoluten Zahlen auch der prozentuale Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach den sechs vorgegebenen Kriterien veröffentlicht wird.

zu 12.5 Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu einer Spendenaktion zur humanitären Hilfe in der Ukraine Vorlage: VII/2022/03844

Genauso wie die Stadt Halle (Saale) mit www.halle-crowd.de hat auch Leipzig eine städtische Crowdfunding-Plattform. Dort läuft aktuell eine Spendenaktion mit dem Ziel, einen Euro pro Einwohner*in für die humanitäre Hilfe in der Ukraine zu sammeln. Spendenziel ist demnach 609.869 EUR. Initiiert wurde diese Aktion durch die städtischen Beteiligungsunternehmen der Leipziger Gruppe. Am Prämienangebot beteiligen sich zum Beispiel der Handball-Bundesligist SC DHfK Leipzig, der Fußball-Regionalligaverein 1. FC Lokomotive Leipzig, die Konsum Leipzig eG, sowie touristische Angebote und Leipziger Chöre mit Eintrittskarten, CDs, Fanutensilien, Stadttouren und mehr.

Die **Fraktion MitBürger & Die PARTEI** regt an, eine solche Aktion auch in unserer Stadt über die Stadtwerke ins Leben zu rufen. Analog zu Leipzig könnte das Spendenziel sein, einen Euro je Einwohner*in – also insgesamt_240.116 Euro – zu sammeln. Für das Prämienangebot könnten Sportvereine wie beispielsweise der HFC, die GISA Lions, die USV Halle Rhinos, die Halle Rovers und die Halle Falken, sowie das Stadtmarketing, die Museen in der Stadt, der Zoo, das Planetarium, gastronomische Betriebe und viele weitere Akteure einbezogen werden.

zu 12.6 Frau Winkler zu Stellungnahmen der Verwaltung

Frau Winkler regte an, Stellungnahmen nicht nur für den Stadtrat, sondern auch für Ausschusssitzungen mindestens einen Tag vorher einzustellen.

zu 12.7 Herr Aldag zum Variantenbeschluss Dolau-Nietleben

Herr Aldag regte an, die Beschlussvorlage zum Variantenbeschluss zu straßenbegleitenden Geh- und Radwegen entlang der Salzmünder Straße und Heidestraße zwischen Dölau und Nietleben aufgrund der FFH-Verträglichkeitsprüfung ebenfalls im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung zu beraten.

zu 12.8 Frau Jacobi zu Spontanpartys

Frau Jacobi regte an, das Antragsformular für Spontanpartys anzupassen.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

zu 13.6 Antrag der CDU-Fraktion auf Akteneinsicht in die Korrespondenz mit dem Landesverwaltungsamt zum Nachweis der Unabweisbarkeit, der mit der Haushaltsgenehmigung 2021 unter Genehmigungsvorbehalt gestellten Investitionsmaßnahmen.
Vorlage: VII/2022/03878

Der Antrag wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Müller be- Nichtöffentlichkei		den	öffentlichen	Teil	der	Sitzung	und	bat	um	Herstellung	der
Für die Richtigkei	it:										
Katja Müller Vorsitzende des S	Stadtrate	es				aik Stehlerotokollfü					